

Druckpreis:
Durch Zahlung monatlich 2 RM. 1,50
einzeljährlich 20 RM. Zahlgründe,
durch die Post 2 RM. 1,70 (einschl.
0,45 RM. Post- und Verlagsgebühren).
Preis der Einzelnummer 10 Hpf.
In jedem Nummer Gewinn besteht
teils daraus auf Förderung der
Verlagsgesellschaft. — Großverkauf für
belle École in Neuenburg (Westl.).
Fernsprecher-Nr. 404

Der Enztöler

Anzeigenpreis:
Die alphabetische Notizen-Zeile 7
Rpf., Familienanzeigen 6 Rpf., an-
sonstige Anzeigen 5 Rpf., Ankündigungen
21 Rpf. Schluss der Anzeigenzeitung
6 Uhr vormittags. Gemacht wird nur
für schriftlich erhaltene Aufträge. Die
Werbung der deutschen Wirtschaft aus-
geschlossen. Bestimmungen, Buchdruck
siehe zur Verfügung. Die Zeitung er-
scheint Mo., Mi., Do., Fr., Sa.

Parteiamtliche
nationalsoz. Tageszeitung

Waldbader NS-Press
Birkensfelder, Calmbacher und
Herrenalber Tagblatt

Amtsblatt für
das Oberamt Neuenburg

Nr. 118 Mittwoch den 22. Mai 1935 93. Jahrgang

Begreifende Führerworte an die ganze Welt

Die Deffentlichkeit im Banne der Führerrede vor dem Deutschen Reichstag / Die große Abrechnung mit den Feinden des wahren Friedens / Deutschlands positive Vorschläge zur Lösung der europäischen Frage / Unsere Friedensversprechungen sind für uns heiliger Ernst

Berlin, 22. Mai 1935

Gestern abend um 8 Uhr trat der Deutsche Reichstag zu der mit größter Spannung erwarteten Sitzung zusammen, um aus dem Mund des Führers eine Regierungserklärung entgegenzunehmen.

Der Führer und Reichkanzler Adolf Hitler führte dabei aus:

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstags!

Der Reichstagspräsident, Hr. Goring, hat auf Wunsch der Reichsregierung den Reichstag zu einer Sitzung einberufen, um ihm als Vertretung der deutschen Nation eine Erklärung geben zu können, die ich für nötig erachte zum Verständnis der Haltung und Entschlüsse der deutschen Regierung zu den uns allen bewegenden großen Fragen der Zeit. In dieser Absicht spreche ich zu Ihnen und damit dem ganzen deutschen Volk. Ich spreche darüber hinaus aber auch zu all denen in der übrigen Welt, die sich, sei es aus Pflicht oder Interesse ebenfalls bemühen, einen Einblick zu gewinnen in unsere Gedanken gegenüber diesen auch sie bewegenden Fragen.

Ich halte es für glücklich, eine solche Erklärung an dieser Stelle zu geben, weil dadurch am ehesten der Gefahr vorgebeugt wird, die in der erfahrungsgemäß meist verschiedenen Interpretierung von Gesprächen liegt, die zu weit oder in kleinerem Kreise stattfinden und dann natürlich nur bruchstückweise der Deffentlichkeit bekanntgegeben werden. Ich halte diese Art der Abgabe einer solchen Erklärung aber deshalb für besonders nützlich, weil sie mir nicht nur das Recht gibt, sondern geradezu die Pflicht auferlegt, vollkommen offen zu sein und über die verschiedenen Probleme mit allem Freimut zu reden. Die deutsche Nation hat ein Recht, dies von mir zu fordern und ich bin entschlossen, dem zu gehorchen.

Wahre Demokratie

Ich höre häufig aus angelsächsischen Ländern das Bedauern ausgesprochen, daß Deutschland sich gerade von jenen Grundfragen demokratischer Staatsauffassung entfernt hätte, die diesen Ländern besonders heilig seien. Dieser Meinung liegt ein schwerer Irrtum zugrunde. Auch Deutschland hat eine „demokratische“ Verfassung. Die heutige deutsche Regierung des nationalsozialistischen Staates ist ebenfalls vom Volk gerufen und fühlt sich ebenso dafür verantwortlich. Es spielt keine Rolle, wie groß die Stimmenzahl in den einzelnen Ländern ist, die auf einen Vertreter entfallen muß. Es gibt Länder, die 20 000 Stimmen für einen Abgeordneten als erforderlich ansehen, in anderen wieder genügen schon 10 000 oder 5 000, und wieder in anderen sind es 60 000 oder mehr.

Das deutsche Volk hat mit 38 Millionen Stimmen einen einzigen Abgeordneten als seinen Vertreter gewählt. (Beifall.) Dies ist vielleicht einer der wesentlichsten Unterschiede gegenüber den Verhältnissen in den anderen Ländern. Es bedeutet aber, daß ich mich genau so dem deutschen Volk gegenüber verantwortlichs fühle wie irgendein Parlament. Ich handle dank seinem Vertrauen und in seinem Auftrag. Das deutsche Volk hat daher ein Recht, von einer Erklärung wie der heutigen zu erwarten, daß sie ungeschminkt und offen die Fragen erörtert, die

Das Erbe von Versailles

Als der vereingte Herr Reichspräsident mich am 30. Januar vor 2 Jahren zur Bildung der neuen Regierung und zur Führung der Reichsgeschäfte berief, zweifelten Millionen unseres Volkes und unter ihnen auch manche Patrioten an dem Gelingen der mir gestellten Aufgabe. Schadenfreude und Sorge erfüllten nebeneinander das damals noch so zerrissene deutsche Volk. Denn unsere Lage schien nur dem inneren Feind hoffnungsvoll zu sein. Die wahren Freunde empfanden sie als unlagbar traurig. Auf zahlreichen Gebieten war

das nationale Leben auf das schwerste bedroht.

Wenn auch für viele — gelegentlichweise — die wirtschaftliche Katastrophe alles andere übertrug, so war es doch für den Tiefstehenden klar, daß sie nur eine Folgeerscheinung darstellte, die wirtschaftlich notwendige Auswirkung einer Anzahl innerer Ursachen, die teils gesellschaftlicher, teils organisatorisch-politischer, aber allemal aber auch moralischer Natur waren.

Es gehörte ein sehr großer Mut dazu, angesichts der erdrückenden Fülle der Aufgaben, der scheinbaren Tristheit der Situation, sowie der gegebenen Beschränkung aller Mittel nicht zu verzagen, sondern die Arbeit für die Wiedererhebung der Nation auf ihrem Leid und Verfall sofort in Angriff zu nehmen.

Wirtschaftlich befanden wir uns folgender Lage gegenüber: Nach einem vierjährigen Krieg, der an sich der gesamten nationalen Volkswirtschaft schon furchtbare Schäden zugefügt hatte, zwangen die siegreichen Gegner das deutsche Volk unter

nicht nur die andere Welt, sondern mindestens ebenso stark auch das deutsche Volk zu wehen und ich bin glücklich darüber, denn ich muß als Führer und Kanzler der Nation und als Chef der Reichsregierung leider manchenmal Entschlüsse treffen, die schon als solche schwer genug sind, deren Gewicht sich aber noch erhöht durch die Tatsache, daß es mir nicht gegeben ist, meine Verantwortung zu teilen oder gar auf andere abladen zu können.

So habe ich wenigstens den einen Wunsch der Nation selbst einbilden zu geben in die mich bewegenden Gedanken, um ihr so das Verständnis zu erleichtern für jene Entschlüsse und Maßnahmen, die diesen Gedanken entspringen. Je schwerer aber diese Entschlüsse sind, um so mehr möchte ich als Deutscher mein Handeln unabhängig machen von allen Instinkten der Schwäche oder der Furcht und es in Uebereinstimmung bringen mit meinem Gewissen gegenüber meinem Gott und dem Volk, dem er mich dienen läßt.

ein Friedensdiktat, das bei jeder politischen und wirtschaftlichen Vernunft

am Ende des Krieges sich ergebende Verhältnisse der Kräfte zur rechtlichen Grundlage der Völker für immer machen will. Ohne jede Prüfung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen und Gesetze, ja in direktem Gegensatz zu ihnen, werden einerseits die ökonomischen Möglichkeiten gedrosselt, andererseits aber außer jeder Wirklichkeit liegende Leistungsansprüche gestellt. Unter der Generalbezeichnung „Wiedergutmachung“ erfolgte die Zerstörung der deutschen Wirtschaft. Aus dieser unverständlichen Ruherückbildung der primitivsten wirtschaftlichen Einsicht ergab sich folgende Situation:

1. Die Nation hat einen Uberschuß an Arbeitskraft.
2. Sie besitzt ein großes Bedürfnis zum Ersatz der ihrem gewohnten hohen Lebensstandard entsprechenden, durch den Krieg, die Inflation und die Wiedergutmachung aber entzogenen Lebensgüter.
3. Sie leidet an einem im eigenen Lebensraum begründeten Mangel an Rohstoffmitteln und Rohstoffen.
4. Der zur Erhebung von all dem notwendige internationale Absatzmarkt ist zu klein und wird außerdem praktisch durch zahlreiche Maßnahmen und eine gewisse zwangsläufige Entwicklung immer weiter eingeengt.

Es stellt ein schlechtes Zeugnis für das wirtschaftliche Verständnis unserer damaligen politischen Gegner aus, daß sie die Umög-

lichkeit der weiteren Erfüllung unbegrenzter, ja manchemal geradezu unverständlicher Forderungen erst dann einzusehen begannen, als durch dieses ihr Verhalten nicht nur die deutsche Nationalwirtschaft restlos zugrunde gerichtet war, sondern auch die Wirtschaft der anderen Länder dem nachfolgenden begann. Das Ergebnis dieses Wahnsinns aber war in Deutschland eine stillgelegte Industrie, eine vernichtete Landwirtschaft, ein ruiniertes Mittelstand, ein verödeter Handel, eine überschuldete Gesamtwirtschaft, durch und durch zerrüttete öffentliche Finanzen, 6 1/2 Millionen registrierte, in Wirklichkeit aber mehr als 7 1/2 Millionen tatsächliche Erwerbslose.

Wollte man allein dieser wirtschaftlichen Katastrophe entgegenwirken, dann waren schon hierzu

sehr harte Entschlüsse notwendig.

Die deutsche Nation konnte einst auf einem begrenzten Lebensraum einen Menschenreichtum anhäufen dank der ausreichenden Lebensbedingungen, die sich aus ihrer Teilnahme an der internationalen Weltwirtschaft ergaben. Solange diese Voraussetzung bestand, waren die 67 Millionen Menschen auf dem engen Raum nicht nur in ihrem inneren eigenen Lebensanliegen gefordert, sondern auch ein nützlicher Wirtschaftsfaktor für die andere Welt. Der Verlauf des Krieges und insbesondere die Folgen der Nachkriegspolitik werden dereinst als eine klassische, wenn auch furchtbare Widerlegung gelten können: jener anderen Meinung — die aber leider vor dem Krieg das Denken mancher Staatsmänner beherrschte —, daß der wirtschaftliche Vorteil eines europäischen Staates am besten gefördert würde durch die wirtschaftliche Vernichtung eines anderen.

Die wirtschaftliche Friedensbelastung der deutschen Nation

auf der einen Seite ihre Welt, und binnenwirtschaftliche Vernichtung auf der anderen Seite, zwingen aber jede Staatsführung, sie mag nun wollen oder nicht, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wir alle sind der Ueberzeugung, daß die restlose Durchführung des Gedankens der wirtschaftlichen Autarkie aller Staaten, wie sie sich heute anzubahnen droht, von einer höheren Warte aus gesehen, unflug und in ihrem Ergebnis für alle Völker nur schädlich sein kann. Es ist wirtschaftlich gesehen, wenig vernünftig, aus natürlich gegebenen Agrar- und Rohstoffgebieten künstlich Industrieländer zu machen und umgekehrt, die menschenüberfüllten Industriestaaten zu einer primitiven Rohstoff- oder gar Rohstoffherzeugung zu zwingen. Für Europa wird diese Entwicklung dereinst von sehr unerfreulichen und bösen Folgen sein. Allein eine Abänderung dieser von einem höheren wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus

Rücktritt Flandins?

Paris, 21. Mai.
Der ursprünglich auf Dienstag vormittag festgesetzte Ministerrat wurde auf den 28. Mai verschoben. In diesem politischen Kreislauf wird dieser Schritt sehr verschiednen ausgelegt. Während die der Regierung nachstehenden Kreise erklären, daß dieser Beschluß auf den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten zurückzuführen sei, dessen Oberarmbruch nicht den erwarteten Heilungsverlauf nimmt, betont der rechtsstehende „Jour“, daß vielleicht die Gerüchte von einem Rücktritt

verschiedenheiten innerhalb des Kabinetts nicht vollkommen aus der Luft gegriffen seien. Das Blatt geht in seiner Stellungnahme sogar soweit, von einem möglichen Gesamttritt des Kabinetts zu sprechen. Ministerpräsident Flandin habe sich in den letzten Tagen bitter über die Quertreibereien der Linksparteien beklagt, die sich immer wieder weigerten, die von ihm angebotenen Zugeständnisse anzunehmen. Er habe in diesem Zusammenhang durchblicken lassen, daß er es unter solchen Umständen vorziehe, seinen Rücktritt einzurücken. Die

vor dem Wiederzusammentritt der Kammern ähnliche große politische Rede ist jedenfalls vertagt worden, und soll erst nach Pfingsten gehalten werden.

Umbildung des engl. Kabinetts

London, 21. Mai.
Gerüchte von einer bevorstehenden Umbildung des Kabinetts scheinen jetzt feste Gestalt anzunehmen. Während die Kandidaten des Präsidenten, des Geheimen Staatsrates Baldwin beim König als Ersatz für Lord

bedorstehenden großen Wehrmaßnahme im Unterhaus in Zusammenhang gebracht wurde, setzte sich am Montagabend in politischen und parlamentarischen Kreisen die Ueberzeugung durch, daß sie sich auch auf eine Veränderung in der Besetzung des Ministerpräsidentenpostens bezogen habe.

Der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in parlamentarischen Kreisen werde es jetzt als nicht mehr zweifelhaft betrachtet, daß Macdonald einen weniger anstrengenden Posten einzunehmen wünsche und daß Baldwin sein Nachfolger sein werde.

unberücksichtigten Tendenz liegt leider nicht im Vermögen Deutschlands.

Gefahren der Planwirtschaft

In eben dem Maße, in dem der fehlende internationale Absatz uns zur Einschränkung im Einkauf verpflichtet, wird — um die deutsche Arbeitskraft nicht brach liegen zu lassen — versucht werden müssen, die fehlenden Rohstoffe entweder durch komplizierte Verfahren selbst zu gewinnen, oder wenn dies nicht möglich ist, sie zu ersetzen. Diese Aufgabe kann aber nur durch eine planmäßig geleitete Wirtschaft gelöst werden. Ein gemeinsames Unternehmen, weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstreckung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative folgt. Wir können aber im Interesse unseres Volkes nicht wünschen, daß durch eine sich dem Kommunismus nähernde Wirtschaft und der dadurch bedingten Einschränkung der Produktionsenergie die mögliche Gesamtleistung unserer vorhandenen Arbeitskraft vermindert und somit der allgemeine Lebensstandard statt einer Verbesserung erst recht eine Verschlechterung erfährt.

Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Gesetze der wirtschaftlichen Kassele der Besseren und der Vernichtung der Schlechteren ausreißt oder zum mindesten einschränkt zugunsten einer Garantie der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts auf Kosten der höheren Fähigkeit, des höheren Fleißes und Wertes und damit zu Lasten des allgemeinen Rufens.

Wenn wir also trotz dieser Erkenntnis diese Wege beschritten haben, dann geschah es unter dem härtesten Zwang der Notwendigkeit. Was in den 2½ Jahren auf den Gebieten einer planmäßigen Arbeitsbeschaffung, einer planmäßigen Marktregelung, einer planmäßigen Preis- und Lohngestaltung erreicht wurde, hat man noch einige Jahre vorher für gänzlich unmöglich gehalten. Allein es gelang nur dadurch, daß wir hinter diese Scheinbar so trockenen wirtschaftlichen Maßnahmen die lebendigen Energien der ganzen Nation fesselten.

Eine Anzahl sachlicher und psychologischer Voraussetzungen mußten zu dem Zweck aber erst geschaffen werden. Um das Funktionieren der nationalen Wirtschaft sicherzustellen, war es notwendig, zunächst eine

unbedingte Ruhe in die ewige Bewegung der Lohn- und Preisbildung

zu bringen. Es war weiter erforderlich, allen nicht aus einem höheren nationalwirtschaftlichen Interesse kommenden Eingriffen die treibenden Voraussetzungen zu entziehen, d. h. die von der Lohn- und Preispolitik lebenden Klassenorganisationen beider Lager aufzuheben. Die Zerstückelung der Kampfgroßverhältnisse sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderte die analoge Beseitigung der von diesen Interessentengruppen ausgehaltenen und sie dafür stützenden politischen Parteien. Dies wieder zwang zur

Einführung einer neuen konstruktiven und lebendigen Verfassung

und zu einem neuen inneren Reichs- und Staatsaufbau. Sollte das alles aber mehr sein als rein äußerliche Organisationsänderungen, dann mußte das Volk zu einem neuen gesellschaftlichen Denken und Leben erregt werden, lauter Aufgaben, von denen jede für sich ein Jahrhundert zu füllen vermag und über die schon Völker und Staaten zerbrochen sind. Wenn man aber ein solches Programm, das entweder im großen gelingt oder sonst von vornherein in allen Einzelheiten mißlingen muß, zur Verwirklichung bringen will, dann hängt das Gelingen von zwei Voraussetzungen ab, vom Ausmaß der vorhandenen Ruhe und von der Dauer der zur Verfolgung stehenden Zeit.

Wir Deutsche können nur beklagen, daß die übrige Welt sich noch immer so wenig Mühe gibt, eine objektive Prüfung dessen, was in Deutschland in den letzten 2½ Jahren geschehen ist, vorzunehmen, und daß sie nicht das Wesen einer Weltanschauung studiert, der diese Leistungen ausschließlich zuzuschreiben sind. Denn die Zielsetzung sowohl als auch die Durchführung der Aufgaben, die dem heutigen Deutschland seinen eigenartigen Stempel aufdrücken, sind ausschließlich von diesem nationalsozialistischen Gedankengut gekommen, sind der nationalsozialistischen Partei, ihrer Organisation und der ihr zu eigenen und einströmenden Taikraft zuzuschreiben. (Stühmischer Beifall.)

In Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren eine Revolution vollzogen, die größer ist, als dies dem Durchschnitt der Menschheit zurzeit zum Bewußtsein kommt. Der Umfang und die Ziele dieser Revolution haben nicht gelitten durch die Schonung, mit der sie ihre einstigen Gegner behandelte, denn diese Schonung entsprang durchaus nicht dem Gefühl der Schwäche, als vielmehr der Ueberzeugung einer tum-

höhen Ueberlegenheit, ebenso wie einer selbstsicheren, durch nichts zu erschütternden Siegeszuversicht. (Beifall.)

Dieses neue Deutschland kann daher nicht in Vergleich gebracht werden mit dem Deutschland der Vergangenheit.

Seine Ideen sind ebenso neu wie seine Handlungen. Der Geist des bürgerlichen Hurrapatriotismus ist als politisch bestimmender Faktor genau so überwunden wie die Tendenzen des marxistischen Internationalismus.

Wenn das heutige Deutschland für den Frieden eintritt, dann tritt es für ihn ein weder aus Schwäche, noch aus Freiheit. (Lofender Beifall, Rufe „Ja wohl!“) Es tritt für den Frieden ein aus einer anderen Vorstellung, die der Nationalsozialismus von Volk und Staat besitzt. Denn dieser steht in der machtmäßig erzwungenen Einschmelzung eines Volkes in ein anderes wesenfremdes nicht nur kein erstrebenswertes politisches Ziel, sondern als Ergebnis eine Gefährdung der inneren Einheit und damit der Stärke eines Volkes auf lange Zeit gerechnet. Seine Lehre lehnt daher den Gedanken einer nationalen Assimilation dogmatisch ab.

Damit ist auch der bürgerliche Glaube einer möglichen Germa-

Der permanente Kriegszustand

der aber durch solche Absichten zwischen den einzelnen Völkern ausgerichtet wird, mag verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Interessen dienlich als nützlich erscheinen, für die Völker bringt er nur Kosten und Unglück. Das Blut, das auf dem europäischen Kontinent fast 300 Jahre vergossen wurde, steht außer jedem Verhältnis zu dem vollständigen Resultat dieser Ereignisse. Frankreich ist am Ende Frankreich geblieben, Deutschland Deutschland, Polen Polen, Italien Italien. Was dynastischer Egoismus, politische Leidenschaft und patriotische Verbildung an scheinbaren tiefgreifenden staatspolitischen Veränderungen unter Strömen von Blut erreicht haben, hat in nationaler Beziehung stets nur die Oberfläche der Völker gerührt, ihre grundsätzliche Markierung aber wesentlich kaum mehr verschoben. Gäßen diese Staaten nur einen Bruchteil ihrer Opfer für künftige Zwecke eingesetzt, so wäre der Er-

ein Beitrag zum Frieden, der größer ist, als manche Unterschrift unter manchem Pakt

Ich glaube, daß mit dieser feierlichen Erklärung eigentlich ein langer dauernder Streit zwischen beiden Nationen abgeschlossen sein müßte. Wir gaben sie ab in der Empfindung, daß dieser Konflikt und die mit ihm verbundenen Opfer für beide Nationen in keinem Verhältnis stehen zu dem Objekt, das, ohne jemals selbst gefragt zu werden, immer wieder die Ursache von so viel allgemeinem und politischem Unglück gewesen ist und sein würde. Wenn aber eine solche Erklärung nur die Würdigung findet, zur Kenntnis genommen zu werden, dann bleibt natürlich auch uns nichts anderes übrig, als diese Antwort ebenfalls zur „Kenntnis“ zu nehmen. (Lebhafter Zustimmung.)

Ich muß aber an dieser Stelle protestieren gegen jeden Versuch, den Wert von Erklärungen je nach Bedarf verschieden zu tagieren. Wenn die deutsche Reichsregierung versichert, namens des deutschen Volkes nichts anderes als den Frieden zu wünschen, dann ist diese Erklärung entweder genau so viel wert als ihre Unterschrift unter irgendeiner besonderen Paktformulierung, oder diese könnte sonst nicht mehr wert sein als die erste feierliche Erklärung.

Es ist eigentlich, daß im geschichtlichen Leben der Völker manchmal

formliche Begriffs-Inflationen

vorkommen, die einer genauen Prüfung der Vernunft nur schwer standhalten können. Seit einiger Zeit lebt die Welt z. B. in einer formlichen Manie von kollektiver Zusammenarbeit, kollektiver Sicherheit, kollektiver Verpflichtungen usw., die alle auf den ersten Augenblick konkreten Inhalt zu sein scheinen, bei näherem Hinsehen aber zum mindesten vielfachen Deutungen Spielraum geben. Was heißt kollektive Zusammenarbeit? Wer stellt fest, was kollektive Zusammenarbeit ist und was nicht? Ist nicht der Begriff „kollektive Zusammenarbeit“ seit hundert Jahren in der verschiedensten Weise interpretiert worden? Ich glaube, ich spreche es richtig aus, wenn ich sage, daß neben vielen anderen Rechten sich die Siegerechten des Versailler Vertrages auch das Recht vorweggenommen haben, unwillkürlich zu deklarieren, was „kollektive Zusammenarbeit“ ist und was „kollektive Zusammenarbeit“ nicht ist. (Beifall.)

Wenn ich mir an dieser Stelle erlaube, einen Artikel an diesem Verfahren zu üben,

nisation widerlegt. Es ist daher weder unser Wunsch noch unsere Absicht, fremden Volksteilen das Volkstum, die Sprache oder die Kultur wegzunehmen, um ihnen dafür eine fremde deutsche aufzuzwingen. Wir geben keine Anweisung für die Verdeutschung nichtdeutscher Namen aus, im Gegenteil, wir wünschen dies nicht. Unsere vollstetige Lehre sieht daher in jedem Krieg zur Unterjochung und Beherrschung eines fremden Volkes einen Vorgang, der früher oder später den Sieger innerlich verändert und schwächt und damit in der Folge zum Besiegten macht. (Wiederholte stürmische Heilrufe.)

Wir glauben aber auch gar nicht daran, daß in Europa die durch und durch nationalerhödeten Völker im Zeitalter des Nationalitätenprinzips überhaupt noch national enteignet werden könnten. Die letzten 150 Jahre bieten hier bezeichnende und warnende Beispiele mehr als genug. Die europäischen Nationalstaaten werden bei keinem kommenden Kriege — abgesehen von vorübergehenden Schwächungen ihrer Gegner — mehr erreichen können als geringfügige, im Verhältnis zu den dargebrachten Opfern gar nicht ins Gewicht fallende vollstetige Grenzkorrekturen.

solg sicher größer und dauerhafter gewesen. (Beifall.)

Wenn ich als Nationalsozialist mit allem Freiheitsgefühl vertritt, dann bewegt mich dabei noch folgende Erkenntnis: Jeder Krieg verzehrt zunächst die Kräfte der Völker. Da es in Europa einen leeren Raum nicht mehr gibt, wird jeder Krieg, ohne an der grundsätzlichen europäischen Not etwas zu ändern, höchstens eine ziffermäßige Vermehrung der Einwohner eines Staates mit sich bringen können. Wenn aber den Völkern daran so viel liegt, dann können sie dies nicht mit Tränen auf eine einfachere und vor allem natursichere Weise erreichen. (Langanhaltender Beifall.) Eine gesunde Sozialpolitik kann bei einer Steigerung der Geburtenfruchtbarkeit einer Nation in wenigen Jahren mehr Kinder des eigenen Volkes züchten, als durch einen Krieg an fremden Menschen erobert und damit niedergeboren werden können. (Erneuter Beifallssturm.)

dann geschieht es, weil dadurch am ehesten die innere Notwendigkeit der letzten Entschlüsse der Reichsregierung klar gelegt und das Verständnis für unsere wirklichen Absichten geweckt werden kann. Der heutige Gedanke der kollektiven Zusammenarbeit der Nationen ist

ursprüngliches und wesentliches geistiges Eigentum des amerikanischen Präsidenten Wilson.

Die Politik der Vorkriegszeit wurde mehr bestimmt von der Idee der Bündnisse, von durch gemeinsame Interessen zusammengeführten Nationen. Mit Recht oder Unrecht machte man diese Politik einst verantwortlich für den Ausbruch des Weltkrieges. Seine Beendigung wurde — mindestens soweit es Deutschland betrifft — beschleunigt durch die Doktrin der 14 Punkte Wilsons und der drei sich später noch ergänzenden. In ihnen war im wesentlichen zur Verhütung der Wiederkehr einer ähnlichen Menschheitskatastrophe folgender Gedankengang niedergelegt.

Der Friede soll nicht ein Friede einseitigen Rechts, sondern ein Friede allgemeiner Gleichheit und damit des allgemeinen Rechts. Es soll sein ein Friede der Versöhnung, der Abklärung aller und dadurch der Sicherheit aller. Daraus resultierte als Kerngedanke die Idee einer internationalen kollektiven Zusammenarbeit aller Staaten und Nationen im Völkerbunde.

die im Friedensvertrag auferlegten Bedingungen mit förmlichem Fanatismus erfüllt

Finanziell bis zur vollständigen Zerrüttung seiner Finanzen, wirtschaftlich bis zur totalen Vernichtung seiner Wirtschaft, militärisch bis zur vollkommenen Wehrlosigkeit. Ich wiederhole hier in großen Zügen noch einmal die von niemand zu bestreitende Tatsache der deutschen Erfüllung der Verträge.

Der Führer verlas hier die Liste der von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages zerstörten Waffen und Kriegsmittel, wie sie im Auftrug der Reichsregierung vom 16. März 1935 angeführt waren.

Damit hat Deutschland in einer förmlichen Selbstkastung seinerseits alle Voraussetzungen geschaffen für eine Zusammenarbeit kollektiver Art im Sinne der Gedanken des amerikanischen Präsidenten.

Run — zumindest nach dem Vollzug dieser deutschen Abrüstung hätte die Welt ihrerseits denselben Schritt zur Herstellung der

Rein, das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefsten inneren weltanschaulichen Ueberzeugungen.

Es will ihn weiter aus der einfachen primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg gereinigt sein würde, das Wesen unserer abgemessenen europäischen Not zu beheben, wohl aber sie zu vermehren. Das heutige Deutschland lebt in einer gewaltigen Arbeit der Wiedergutmachung seiner inneren Schäden. Keines unserer Projekte sachlicher Natur wird vor 10–20 Jahren vollendet sein. Keine der gestellten Aufgaben ideoeller Art kann vor 50 oder vielleicht auch 100 Jahren ihre Erfüllung finden. Ich habe einst die nationalsozialistische Revolution durch die Schaffung der Bewegung begonnen und seitdem als Aktion geführt. Ich weiß, wir alle werden nur den allerersten Beginn unserer ganzen unumwandelnden Entwicklung erleben. Was könnte ich anderes wünschen als Ruhe und Frieden? Wenn man aber sagt, daß dies nur der Wunsch der Führung ist, so kann ich darauf folgende Antwort geben: Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht. (Lofender Beifall.)

Deutschland braucht den Frieden und es will den Frieden. Wenn ich nun aus dem Munde eines englischen Staatsmannes höre, daß solche Versicherungen nichts sind und nur in der Unterwelt unter Kollektivverträge die Gewähr der Aufrichtigkeit liegt, so bitte ich Mister Eden, dabei bedenken zu wollen, daß es sich in jedem Fall um eine Versicherung handelt. Es ist manchmal viel leichter, den Namen unter Verträge zu setzen mit dem inneren Vorbehalt einer letzten Nachprüfung seiner Haltung in der entscheidenden Stunde, als angeht eine ganze Nation in voller Offenheit sich zu einer Politik zu bekennen, die dem Frieden dient, weil sie die Voraussetzungen für den Krieg ablehnt. (Beifall.)

Ich hätte die Unterschrift unter zehn Verträge setzen können, so würde das Gewicht dieser Handlungen nicht gleichbedeutend sein mit der Erklärung, die ich anlässlich der Saarabstimmung Frankreich gegeben habe. Wenn ich als Führer und Beauftragter der deutschen Nation vor der Welt und meinem Volk die Versicherung abgebe, daß ich mit der Lösung der Saarklage an Frankreich keine territorialen Forderungen mehr stellen werde, so ist dies

Ich muß an diesem Platz noch einmal betonen, daß es kein Volk gab, das gegen Ende des Krieges diese Ideen begieriger aufgegriffen hat als das deutsche. Seine Leiden und Opfer waren weltwärts am größten von allen der am Krieg teilnehmenden Staaten. Im Vertrauen auf dieses Versprechen legten die deutschen Soldaten die Waffen nieder.

Als im Jahre 1919 der Friede von Versailles dem deutschen Volk diktiert wurde, war der kollektiven Zusammenarbeit der Völker damit das Todesurteil gesprochen worden. Denn an die Stelle der Gleichheit aller trat die Klassifikation der Sieger und Besiegten.

An die Stelle des gleichen Rechtes die Unterscheidung in Verachtete und Reichtliche. An die Stelle der Versöhnung aller die Verstärkung der Unterlegenen. An die Stelle der internationalen Abklärung der Abklärung der Besiegten. An die Stelle der Sicherheit aller trat die Sicherheit der Sieger.

Dennoch wurde noch im Friedensdiskurs von Versailles ausdrücklich festgestellt, daß die Abklärung Deutschlands nur vorausgehen sollte zur Grundlegung der Abklärung der anderen. Und nun ist an diesem einen Beispiel festzustellen, wie sehr die Idee der kollektiven Zusammenarbeit gerade von denen verletzt wurde, die heute ihre lautesten Fürsprecher sind. Deutschland hatte

Gleichheit vollziehen müssen. Es ist nur ein Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung, daß es auch bei den anderen Völkern und in anderen Staaten nicht an mahenden und warnenden Stimmen gefehlt hat die für die Erfüllung dieser Pflicht eintraten. Ich will nur einige dieser sicherlich nicht als Freunde des heutigen Deutschland anzusprechenden Männer anführen um aus ihren Erklärungen jene zu widerlegen die in einer Art Vergeßlichkeit nicht mehr wissen wollen.

Daß der Friedensvertrag nicht nur für Deutschland die vertragliche Pflicht der Abrüstung enthielt,

sondern auch für die übrigen Staaten. Lord Robert Cecil, Mitglied der britischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz und Führer der britischen Dele-

tion auf der Abrüstungskonferenz (Revue in Paris 1924 Nr. 5):

„Die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags und der anderen Friedensverträge beginnen mit einer Prämisse, die folgendermaßen lautet: „Am die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die folgenden Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt genau zu beachten.“ Diese Prämisse enthält eine Vereinbarung. Sie ist ein feierliches Versprechen der Regierungen an die Demokratien aller Staaten, die die Friedensverträge unterzeichnet haben. Wenn es nicht gehalten wird, so kann das durch die Friedensverträge errichtete System nicht dauerhaft gestaltet werden und selbst die Teilabrüstung wird binnen kurzem zu bestehen aufhören.“

Paul-Boncour am 8. April 1927

Auf der 3. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes: „Es ist richtig, daß die Prämisse zum Teil 5 des Versailler Vertrags die Begrenzung der Rüstungen betrifft, die Deutschland als Voraussetzung und als Vorläufer einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen auferlegt wurden. Das unterscheidet sehr genau die Rüstungsbeschränkungen Deutschlands von anderen ähnlichen Rüstungsbeschränkungen, die im Laufe der Geschichte nach dem Abschluß von Kriegen auferlegt wurden und die sich im übrigen allgemein als ähnlich unwirksam erwiesen haben. Diesemal ist diese Beschränkung — und das gibt ihr erst ihren ganzen Wert — nicht nur einem der Unterzeichner des Vertrags auferlegt worden: sie ist vielmehr eine Pflicht, eine moralische und rechtliche Verpflichtung für die anderen Unterzeichner, die allgemeine Begrenzung der Rüstungen in Angriff zu nehmen.“ (Hört! Hört!)

Erklärung Henderson vom 20. Januar 1931

„Wir müssen unsere Parlamente, unsere Völker überzeugen, daß alle Mitglieder des Völkerbundes zu dieser Politik der allgemeinen Abrüstung durch feierliche Verpflichtung gezwungen werden, die uns das internationale Recht geben soll, die die nationale Ehre ihr auferlegen. Soll ich den Rat daran erinnern, daß der Artikel 8 der Satzung der Prämisse des Teiles V des Versailler Vertrags, die Schlußakte der Konferenz von Locarno und die jedes Jahr seit 1920 von der Versammlung angenommenen Beschlüsse darlegen, daß alle Bundesmitglieder auf diesem Gebiet die gleiche Verantwortung trifft? Alle haben wir Verpflichtungen auf uns genommen und wenn wir sie nicht erfüllen, wird man unsere friedlichen Absichten in Zweifel ziehen können, der Einfluß und das Ansehen des Völkerbundes würden darunter leiden.“ (Sehr richtig!)

Erklärung Briand vom 20. Januar 1931

„Im Namen meines Landes schreibe ich mich den besetzten Worten an, mit denen unser Präsident die Sitzung eröffnet hat. Ich glaube wie Sie — ich habe die Gelegenheiten gehabt, es schon häufig zu sagen —, daß die Verpflichtungen, die die Nationen durch Unterzeichnung des Artikels 8 des Völkerbündlungsvertraglich eingegangen sind, keine toten Buchstaben bleiben dürfen. Sie stellen eine heilige Verbindlichkeit dar und ein Land, das sich ihr entziehen würde, würde sich e n t s e h r e n .“

Ausspruch des belgischen Außenministers Vanderveelde

Mitglied der belgischen Friedensdelegation vom 27. Februar 1927: „Von nun an stehen wir vor folgendem Dilemma: Entweder müssen die anderen Mächte ihre Armeen im Verhältnis zu der deutschen Reichswehr vermindern oder der Friedensvertrag wird hinfällig und Deutschland nimmt für sich das Recht in Anspruch, Streitkräfte zu besitzen, die die Unverletzbarkeit seines Gebietes zu verteidigen in der Lage sind (Bravo). Aus diesen Tatsachen sind zwei Schlusfolgerungen zu ziehen: Einmal, daß alle Kontrollmaßnahmen wenig wirksam sind, zum anderen, daß die Entwaffnung entweder allgemein oder überhaupt nicht sein wird.“

Derselbe Außenminister vom 29. Dezember 1930 im „Populaire“: „Man würde aus dem Versailler Vertrag einen feinen Papiermachen, wenn man die moralischen und rechtlichen Verpflichtungen des Vertrages nicht erfüllt, die dem besiegten Deutschland die Entwaffnung aufzwingen, zu dem Zweck die Abrüstung der anderen vorzubereiten.“

Lord Robert Cecil in seiner Rüstungsrede vom 31. Dezember 1930:

„Die internationale Abrüstung gehört zu unseren wichtigsten nationalen Interessen. Wir haben nicht nur einmal, sondern zu wiederholten Malen die Verpflichtung übernommen, die Rüstungen der im Weltkrieg siegreichen Nationen herabzusetzen und zu begrenzen als Ergänzung zu der Abrüstung, die wir unseren früheren Gegnern zur Pflicht gemacht haben. Wir werden jedes Vertrauen zu den internationalen Verpflichtungen zerstören, wenn wir das, was wir versprochen haben, nicht erfüllen. Dabei ist es in meinen Augen von sekundärer Bedeutung, daß wir in

diesem Falle auch nicht zu antworten haben würden, wenn unsere früheren Gegner mit der Forderung an uns herantreten, wie oder aufzuklären zu können.“

Und noch einmal Paul-Boncour:

Am 26. April 1930 im „Journal“: „Endlich braucht man kein Prophet zu sein. Es genügt, die Augen offen zu halten, um festzustellen, daß im Falle eines endgültigen Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen oder auch nur im Falle einer fortwäh-

Alle Voraussetzungen für die Abrüstung der anderen Staaten waren damals reiflos gegeben:

1. Deutschland hatte abgerüstet. Sie konnten wirklich nicht behaupten, daß ihnen von den militärisch gänzlich ohnmächtig gewordenen Staaten auch nur die geringste Gefahr hätte drohen können. Dafür aber würde eine internationale Abrüstung dem Bestand des Völkerbundes eine so große innere Kraft gegeben haben, daß kein Staat es hätte wagen können, gegen einen der Teilnehmer an dieser kollektiven gemeinamen Abrüstung etwa nachträglich gewalttätig zu werden. Damals wäre die beste Gelegenheit gewesen, äußere „Versicherungen“ in eine innere „Tat“ zu verwandeln. Und dies um so mehr, als 2. auch

politisch alle Voraussetzungen dafür gegeben

waren, denn Deutschland war damals eine Demokratie wie nur je eine. Alles genau kopiert und pflichtgetreu nachgeahmt nach den vorhandenen großen Vorbildern. Nicht der Nationalsozialismus regierte in Deutschland. Selbst der bürgerliche Nationalismus war so gut als verschwunden. Von der Sozialdemokratie aber das Zentrum bis zur Demokratie reichte die Spanne der Parteienwelt, die weltanschaulich nicht nur äußerlich der Umwelt gleich, sondern sich mit ihr auch programmatisch verbunden fühlte. Auf was wartete man also damals? Wann konnte je eine bessere Gelegenheit zur Aufrechterhaltung einer kollektiven Zusammenarbeit kommen, als in der Zeit, da in Deutschland ausschließlich jener politische Geist regierte, der auch der Umwelt die charakteristischen Züge verleiht? Nein! Die Zeit war reif, sie war gegeben, nur der Wille war nicht vorhanden! (Beifall.)

Ich will aber, wenn ich die Vertragsuntersure der anderen Seite des Versailler Vertrages feststelle, mich noch gar nicht darauf beschränken, daß sie nicht abgerüstet hat, denn wenn man schon glaubt, der damaligen Zeit Bedenken zugute halten zu können wegen der vertraglich verletzten Nichtabrüstung, dann wird es aber wohl schwer sein, die Gründe anzuführen, die zu einer immer größeren Aufrüstung Anlaß geben konnten! Dies ist entscheidend. Nicht nur nicht abgerüstet haben diese anderen Staaten, sondern im Gegenteil ihre Rüstungen auf das außerordentlichste ergänzt, verbessert und damit erhöht.

Es spielt dabei der Einwand keine Rolle, daß man ja zum Teil eine personelle Beschränkung vorgenommen habe. Denn diese personelle Beschränkung wurde mehr als reichlich wettgemacht durch die technisch planmäßige Vervollkommenung der modernsten Kriegswaffen. Sie war außerdem jederzeit spielend nachzuholen. Und folgendes muß dabei besonders berücksichtigt werden. Man hat im Verlauf der Abrüstungsverhandlungen später versucht, die Waffen einzuteilen in Waffen, die mehr für die Verteidigung ge-

tenden Verfassung, Deutschland, das von sicherem Zwange befreit ist, sich einigen würde, diese Abrüstung abzuschließen, und nicht mehr allein eine Abrüstungsbeschränkung zu dulden, die der Versailler Vertrag selbst als die Bedingung aber auch als das Versprechen einer allgemeinen Abrüstung bezeichnet hat. Wir haben keine Wahl mehr.

Was aber war geschehen? Während Deutschland seine Verpflichtungen des ihm

eignet und in solche, die mehr für den Angriff bestimmt seien. Ich muß hier feststellen, daß von diesen für den Angriff als geeignet festgesetzten Waffen Deutschland überhaupt keine mehr besaß. Sie wurden alle reiflos zerstört. Und es muß dann aber weiter festgestellt werden, daß gerade diese für den Angriff geeigneten und bestimmten Waffen von den Partnern des Friedensvertrages in der außerordentlichsten Weise weiter entwickelt, verbessert und vermehrt wurden. Deutschland hatte alle seine Flugzeuge zerstört, und zwar wurde es nicht nur wehrlos an aktiven Flugzeugen, sondern auch wehrlos an den passiven Mitteln jeder Fliegerabwehr. In derselben Zeit unterließ aber nicht nur die Vernichtung der vorhandenen Flugzeuge der Vertragspartner, nein, im Gegenteil, sie wurden auf das Außerordentlichste weiter entwickelt.

Die Luftrüstungen der andern

Die Schnelligkeit der Jagdflugzeuge, z. B. stieg von etwa 200 Kilometer bei Kriegsende seitdem dank immer neuer Verbesserungen bei den modernsten Typen auf nahezu 400 Kilometer, die Bewaffnung von zwei Maschinengewehren auf 3, 4 und 5 und endlich auf kleine Maschinenkanonen. Die Steighöhe, bei Kriegsende 2000 Meter, auf 9000, 10000 und 11000 Meter. Statt wie Deutschland die vorhandenen Bombenflugzeuge zu zerstören, wurden sie auf das eifrigste verbessert, weiter entwickelt und durch immer größere und vollendetere Typen ersetzt. Die bei Kriegsende vorhandenen Leistungen wurden gewichtsmäßig von durchschnittlich 500 bis 1000 Kilogramm Tragkraft auf 1000 bis 3000 erhöht. Die Schnelligkeit von damals durchschnittlich 125 bis 160 Kilometer auf 250 bis 280 bei Nachtbomben, auf 350 Kilometern bei Tagbomben verbessert. Die Steighöhe von bei Kriegsende 3000 bis 4000 Meter auf 6000 bis 7000, ja endlich 9000 Meter erhöht. Die Bewaffnung stieg von 2, 3 und 4 Maschinengewehren auf 4, 6, ja 8 Maschinengewehre und endlich bis zu Geschützen. Die Zielapparate wurden ebenso genial verbessert, daß man ganz offen zugab, mit geradem Ziel Sicherheit die ins Auge gefassten Objekte vernichten zu können. Der Sturzbomber wurde überhaupt neu entwickelt. Die Sprengwirkung der Bomben wurde seit Kriegsende eine immer raffiniertere, dem Wunsch nach besserer Vergasung durch neue Erfindungen entsprochen, der Vernichtung der Wohnstätten sollen moderne Brandbomben dienen, die, wie man in den technischen Zeitschriften der verschiedensten Luftmarnen versichert, überhaupt nicht löslich sind. Die Feil- und Richtgeräte dieser Bombenmaschinen wurden dauernd verfeinert und endlich wurde,

wohl als „letzer Triumph des Abrüstungsgedankens“

verklundet, daß nun ohne Piloten Bomben einfach durch Fernsteuerung auf ihre mehrlosen Objekte angezielt und abgelassen würden! Die Zahl der Flugzeuge, der Einsparmaßnahmen wurde nicht nur nicht vermindert, sondern aber all vermehrt. Die Kriegsschiffe der Marnen wurden mit Flugzeugen versehen, aber nicht nur, daß den einzelnen Kriegsschiffen Kampf- und Bombenflugzeuge als Begleitwagen mitgegeben wurden, nein, man schritt zur Konstruktion besonderer gigantischer Flugzeugträger — und das alles im Zeichen der „Abrüstung“ —, einer Offensivwaffe! Das alles in Erfüllung der im Friedensvertrag von Versailles vorgeschriebenen Befolgung der von Deutschland vorgenommenen Zerstörung der Flugzeuge!

Deutschland hat entsprechend dem ihm auferlegten Verpflichtungen seine Tanks des Weltkrieges vernichtet. Es hat damit jedenfalls eine „Offensiv-Waffe“ vertragstreue zerstört und abgeschafft. Es wäre die Pflicht der anderen Staaten gewesen, nun ihrerseits mit der Vernichtung ihrer Tanks ober auch zu beginnen. Allein nicht nur, daß diese Vernichtung unterließ, es erfolgte eine dauernde Verbesserung derselben sowohl in bezug auf die Schnelligkeit als auch in bezug auf die Widerstands- und Angriffsfähigkeit. Die Schnelligkeit der Weltkriegstanks von 4 bis 12 Kilometer wurde gesteigert auf 30, 40, 50 Kilometer, ja endlich bis auf 160 Kilometer in der Stunde! Als Deutschland schon längt keine Riete mehr von seinen ehemaligen Tanks besaß, ging Frankreich von den mittleren Typen von 10 bis 14 Tonnen zu

schweren Typen von 25 bis 30 Tonnen und endlich zu allerschwersten Typen von rund 90 Tonnen über. Während noch im Feld jeder Tank von einem 13-Millimeter-Projektil durchschlagen werden konnte, wurden die neuen Kriegsmaschinen mit Panzerplatten von 50 bis 60 Millimeter ausgestattet und damit sogar für Geschosse der Feldartillerie unverwundbar gemacht.

Parallel dieser fürchtbaren passiven Verbesserung dieser Waffen in bezug auf Schnelligkeit, Gewicht, Gasdichte, Schießfähigkeit und Panzerstärke ging eine enorme Entwicklung der Angriffswaffen dieser Kriegsmaschinen vor sich. An Stelle der Maschinengewehre oder des 4- bis 5-Zentimeter-Geschützes und darüber kamen nun Kombinationen; Tanks mit 7,5-Zentimeter-, mit 10-Zentimeter-, mit 15-Zentimeter-Geschützen und darüber sind keine Phantasie, sondern fürchtbare Wirklichkeit geworden.

In derselben Zeit, in der Deutschland seine Tanks zerstört hat und nun auf die Erfüllung der Zerstörung der anderen wartete, haben

die anderen mehr als 13 000 neue Tanks gebaut

und zu immer entgeglicheren Waffen verbessert und vergrößert.

Laut Bestimmung des Versailler Vertrages mußte Deutschland seine gesamte schwere Artillerie vernichten. Auch dies wurde erfüllt. Während aber die deutschen Haubitzen und Mörser mit den Schneidbrennern zerschneiden als Schrott in die Hockhöfen wanderten, unterließ nicht nur die analoge Zerstörung der schweren Artillerie bei den Vertragspartnern, sondern im Gegenteil, es erfolgte auch dort die-

aufdiktierten Vertrages getreu erfüllt hat, unterließ die nachfolgende Vertragserfüllung bei den sogenannten Siegerstaaten. Wenn man heute versucht, durch Ausreden dieses Verlaummis zu entschuldigen, dann ist die Widerlegung solcher Ausflüchte wirklich nicht schwer. Wir hören jetzt zu unserem Erstaunen aus dem Munde fremder Staatsmänner, daß die Absicht der Erfüllung an sich wohl bestanden hätte, allein die Zeit hierfür noch nicht dagewesen sei. (Gelächter.) Wie?!

selbe konstruktive Weiterentwicklung, Verbesserung und Vervollkommenung. Als es schon längst keine 42-Zentimeter-Mörser mehr gab, erfährt man, daß den französischen Fabriken die Konstruktion einer 54-Zentimeter-Haubitze erfolgreich gelungen war; Ferngeschütze von 60 bis 120 Kilometer Schußweite sind als Neukonstruktion entstanden.

Genial wurde die neue und neueste schwere und schwerste Artillerie in handfame Transport- und Zuglasten geteilt, um ihre Beweglichkeit mit Hilfe von Traktoren und Raupenschleppern auf das Höchste zu steigern. Dies geschah mit einer Waffe, die wirklich sehr offensiven Charakter besitzt und der gegenüber man in Deutschland nicht nur keine Gegenwaffe, sondern nicht einmal die Möglichkeit einer leichten Defensivabwehr besaß.

Gaswaffe:

Deutschland mußte laut Versailler Vertrag als Voraussetzung wieder für die Abrüstung der Vertragspartner seine gesamten Gaswaffen zerstören, und es hat dies treu getan. In den anderen Staaten war man in den chemischen Laboratorien beschäftigt, natürlich nicht, um diese Waffen abzuschaffen, sondern im Gegenteil, um sie unermüdet zu verbessern. In aller Öffentlichkeit wurde von Zeit zu Zeit der Welt die erstaunliche Mittelung über die gelungene Auffindung eines neuen und noch tödlicheren Gases gegeben, sowie von neuen Granaten und Bomben zum Verschicken.

U-Boote:

Auch hier hat Deutschland entsprechend den Paragraphen des Versailler Vertrages zur Ermöglichung der internationalen Abrüstung seine Verpflichtungen getreulich erfüllt. Was auch nur einem U-Boot ähnlich sah, wurde von dem Schneidbrenner reiflos zerlegt, aufgerissen und zerstört. Die Umwelt hat aber nicht nur nicht sein Beispiel befolgt, nein, sie hat nicht einmal ihre Kriegsbefehle demachtet, sondern im Gegenteil, sie dauernd ergänzt, verbessert und vermehrt. Die Steigerung des Displacements ging endlich bis 3000-Tonnen-Boote, die Verstärkung der Armierung bis zu 20-Zentimeter-Kanonen. Die Zahl der Torpedoboote wurde pro Boot vergrößert, ihre Kaliberstärke erhöht, der Torpedo selbst in seine Bauweise und Sprengwirkung gesteigert. Der Aktionsradius dieser U-Boote nahm gegenüber den Leistungen des Krieges noch gewaltig zu. Die Tauchtiefe wurde weitergestreckt, die Scheinrichtungen genial vervollkommenet.

Dies war der Beitrag der Abrüstung von seiten der Staaten, die sich im Versailler Vertrag mitverpflichtet hatten, auch ihrerseits dem deutschen Beispiel zu folgen und damit die U-Bootwaffe zu zerstören. Dies sind nur einzelne Tatsachen. Sie ließen sich nach jeder Richtung hin beliebig ergänzen und vervollständigen.

Sie sind insgesamt der jederzeit dokumentarisch zu belegende Beweis, daß man entgegen den Verpflichtungen des Versailler Vertrages nicht nur der Abrüstung nicht folgte, sondern im Gegenteil eine dauernde Vermehrung und Verbesserung hochwertigster Kriegsmaschinen vornahm. Man tat also das, was nicht nur den Absichten des Präsidenten Wilson, sondern auch nach den Auffassungen prominentester Vertreter der anderen Seite der unterschriebenen Verpflichtungen des Versailler Vertrages gerade entgegengesetzt war. Wenn dies nicht ein eklatanter Vertragsbruch ist, und zwar einseitiger Vertragsbruch ist, nachdem der andere Partner seine Verpflichtungen reiflos erfüllt hatte, wird es schwer einzusehen sein, was in Zukunft die Unterzeichnung von Verträgen überhaupt noch für einen Sinn haben kann. (Beifall.)

Nein! Es gibt dafür keine Verschönerung und keine Ausrede!

Denn Deutschland war wirklich alles andere eher als in seiner vollständigen Wehr- und Waffenlosigkeit eine Gefahr für die anderen Staaten. Trotz jahrelangem vergeblichem Warten auf die Vertragserfüllung der anderen Seite war Deutschland aber auch weiterhin bereit, seine Hände zu einem wirklichen kollektiven Zusammenarbeiten nicht zu verweigern. Der englische Vorbesitzer Benrather Ritter Eden meint, daß die Bereitwilligkeit zur Herstellung einer Parität in der ziffernmäßigen Festlegung der Wehrkräfte überall anzutreffen gewesen sei. Dann ist es aber um so bedauerlicher daß man daraus nicht praktische Konsequenzen zog. Es war nicht Deutschland, das den Plan einer

200 000-Mann-Armee für alle europäischen Staaten zu Fall brachte, sondern es waren die nicht-abrüstenden Staaten und es war endlich auch nicht Deutschland, das den englischen Vermittlungsvorschlag im Frühjahr 1934 verworfen, sondern es war die französische Regierung, die am 17. März 1934 die Verhandlungen darüber abbrach.

Es wird heute manchmal die Hoffnung ausgesprochen, Deutschland möge doch selbst mit einem konstruktiven Plan kommen. Nun, ich habe nicht einmal, sondern schon öfter solche Vorschläge unterbreitet. Gätte man meinen konstruktiven Plan einer 300 000-Mann-Armee angenommen, dann würde vielleicht heute manche Sorge geringer und manche Last leichter sein. (Beifall.)

Es ist aber fast zwecklos, konstruktive Pläne vorzulegen,

wenn ihre Durchführung von vornherein als sicher angesehen werden kann. Wenn ich mich trotzdem entschließen, noch einmal einen Aufruf unserer Gedanken zu geben, dann geschieht es nur aus dem Gefühl der Pflicht heraus, nichts unversucht zu lassen, um Europa die notwendigen innere Sicherheit und den europäischen Völkern das Gefühl der Solidarität zurückzugeben. Wenn aber nun bisher nicht nur die Erfüllung der Abrüstungs-Verpflichtung der anderen Staaten unterließ, sondern auch alle Vorschläge einer Abrüstungs-Begegnung eine Ablehnung erfuhren, sah ich mich als vor Gott und meinem Gewissen verantwortlicher Führer der deutschen Nation verpflichtet, angesichts des Entstehens neuer Weltkrisen sowie der Festsetzung der Friedensstärke des russischen Heeres auf 960 000 Mann und nach Erhalt der Mitteilung, daß Frankreich zur Einführung der zweijährigen Dienstreue über die Rechts- gleichheit Deutschlands, die man ihm international verweigert hat, kraft des Lebensrechts der Nation selbst wieder herzustellen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Heil-Rufe.)

denn wir haben am meisten unter diesem unseligen Krieg gelitten. Niemand von uns hat die Absicht, jenen anderen zu bedrohen. Allein jeder ist entschlossen, dem deutschen Volk die Gleichheit zu sichern und zu erhalten und diese Gleichheit ist aber auch die allererste Voraussetzung für jede praktische und kollektive Zusammenarbeit! Solange man in bezug auf sie irgendwelche Hintergedanken hat, kann man von vornherein die Verwirklichung einer tatsächlich erfolgreichen europäischen Zusammenarbeit als unmöglich bezeichnen.

Nicht Deutschland hat damit eine ihm auferlegte Vertragsverpflichtung gebrochen, sondern jene Staaten, die uns zu dieser selbständigen Handlung gezwungen haben. Denn die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Verkündung des Gesetzes über die Aufstellung der deutschen Wehrmacht war nicht anders, als die Zurückführung Deutschlands auf einen niemand bedrohenden, aber Deutschlands Sicherheit garantierenden Stand gleichen Rechts. (Erneuter Beifall.)

Im Besitz unbedingter gleicher Rechte, wird Deutschland sich niemals weigern, seine Beteiligung an größeren Arbeiten auf sich zu nehmen, die dem Frieden, dem Fortschritt und dem wirtschaftlichen Wohlergehen zu dienen die Absicht haben. Ich glaube aber, an dieser Stelle, nicht zurückhalten zu dürfen mit einer Kritik an gewissen Methoden, die dem Geiste des Verfallener Friedensbil- lares entstammend, verantwortlich sind für das Scheitern so mancher sicherlich gutge- meinter Bestrebungen.

Die Welt lebt heute im Zeitalter der Kon- ferenzen. Wenn so viele dieser Konferenzen gänzlich erfolglos verlaufen, dann liegt die Ursache für diese Enttäuschung

nicht selten schon in der Art der Programm- aufstellung und Zielsetzung. Jemand ein Kabi- nett empfindet — wie alle anderen auch — die Notwendigkeit, etwas für den als bedroht ge- holdenen Frieden Europas zu tun. Statt nun erst allen in Aussicht genommenen Beteiligten den allgemeinen Gedanken zu unterbreiten, mit dem Wunsche, die Auffassungen der einzelnen Staaten, bezw. ihrer Regierungen über die möglichen Mittel und Wege der Verhandlung und Lösung dieser Frage kennen zu lernen, wird zwischen zwei oder drei Konzeptionen ein per- fectes Programm aufgestellt. Dabei kann man sich manchmal nicht des Eindrucks erwehren, als ob bei der Fixierung des Inhalts der zu treffenden Beschlüsse der Wunsch als Vater des Gedanken eine Rolle spielt, durch eine Vermengung von Möglichkeiten und Unmöglichem das sichere Scheitern auf Kosten der später Einzelgeladenen herbeizuführen. (Beifall.)

Denn, indem zwei oder drei Staaten sich auf ein so bis ins Detail hin festgelegtes Pro- gramm einigen, wird dem nachträglich Ein- geladenen nur mehr die Kenntnis des aufge- stellten Programms vermittelt mit dem Ver- merken, daß dieses Programm ein unteil- bares Ganzes sei und entweder allgemein und ganz angenommen würde, oder in ge- samten als abgelehnt betrachtet werden müsse. Da sich in einem solchen Programm naturgemäß auch sehr gute Gedanken finden können, trägt der Staat, der nicht dem ge- samten Entwurf die Zustimmung erteilt, damit die Verantwortung für das Scheitern auch der nützlichen Teile. Dieses Verhalten erinnert sehr stark an die Praxis gewisser Kollaborateure, die gute und schlechte Pläne grundfähig nur gemeinsam ablehnten. Dies ist aber nur verständlich als eine letzte ata- bistische Erscheinung, die ihre Wurzel im Vorbild der sogenannten Verfallener Friedens- verhandlungen besitzt.

Man stelle ein Programm auf, übernehme es als Diktat einem Dritten und erkläre das Ganze dann als einen freierlich unterzeich- neten Vertrag. Nach diesem Rezept wurde da- mals verfuhr das größte Krieger der Welt- geschichte zu dem von den Völkern so sehr er- wünschtem legendarischen Ende zu bringen. Die Folgen dieses Verfahrens waren aller- dings nicht nur traumatisch und war nicht nur für die Hinterlegenen, sondern auch für die Sieger.

Soweit Deutschland in Frage kommt, habe ich gegenüber solchen Versuchen nur folgen- des zu sagen: Wir werden an keiner Kon- ferenz mehr teilnehmen, an deren Programm- aufstellung wir nicht von vornherein mit beteiligt gewesen sind. Wir denken nicht daran, wenn 2 oder 3 Staaten ein Vertragsgericht ent- werfen, als Dritter dann die erste Kostprobe vorzunehmen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns nicht die Freiheit vorbehalten, Verträgen unsere Zustimmung und unsere Unterschrift nicht noch nachträglich zu geben, weil wir bei ihrer Abfassung, bzw. an den Konferenzen unbeteiligt waren. (Starker Beifall.)

Deutschlands klare und eindeutige Antwort

Durchaus nicht! Es kann möglich sein, daß uns ein Vertrag, trotzdem wir an seiner Abfassung oder an der Konferenz, die ihn für eine Reihe von Staaten zum Beschluß erhob, nicht teilnahmen, dennoch in der endgültig zustande gekommenen Fixierung zu- laget und auch nützlich erscheint. Wir wer- den dann nicht zögern, unter Umständen einem solchen Vertrag noch nachträglich unsere Zustimmung und unseren Anschluß, sofern dies überhaupt erwünscht oder mög- lich ist, zu geben. Allein diesen Fall zu be- stimmen, muß sich die deutsche Reichsrege- rung selbst vorbehalten.

Wenn wir aber dem deutschen Volk ein weiteres Blutvergießen ersparen wollen, selbst dort, wo dies mit einem Opfer für uns verbunden ist, dann denken wir nicht daran, unser Blut wahllos zu verpfän- den. Wir denken nicht daran, für jeden irgendwie möglichen, von uns weder beding- ten noch zu beeinflussenden Konflikt unser deutsches Volk, seine Männer und Söhne vertraglich zu ver- kaufen! Der deutsche Soldat ist zu gut und wir haben unser Volk zu lieb, als daß wir es mit unserem Gefühl von Verant- wortung vereinnahmen könnten, uns in nicht absehbare Verfallener Verpflichtungen festzu- legen.

anderen Wunsch, als um allen Nachbar- staaten friedlich und freundlichlich zu ver- kehren. Wir haben diese Gewähr nicht nur gegenüber den uns umgebenden großen Lan- dern auch gegenüber den uns umgebenden kleinen Staaten. Ja, wir leben gerade in deren Existenz, sofern sie eine wirklich un- abhängige in einem völkerverständlichen, neutralen Faktor an unseren an sich im übrigen militärisch so offenen und un- gesicherten Grenzen.

Rordonalds falsche Auffassung

Ich kann dabei nicht unterlassen, an die- ser Stelle mein Entsetzen auszudrücken über eine Definition, die wir aus dem Munde des englischen Ministerpräsidenten Rordonald vernahmen. Der mit Rücksicht auf die Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht war nicht anders, als die Zurückführung Deutschlands auf einen niemand bedrohenden, aber Deutschlands Sicherheit garantierenden Stand gleichen Rechts. (Erneuter Beifall.)

Ich muß aber noch einmal betonen, daß mir die Methode falsch zu sein scheint, für Konferenzen Programmentwürfe aufzuste- len mit der Überzahl: Alles oder nichts! Ich halte überhaupt einen solchen Grund- lag im politischen Leben für unpraktisch. Ich glaube, daß man in der Beziehung Euro- pas viel mehr erreicht haben würde, wenn man sich von Fall zu Fall mit dem Erreich- baren begnügt hätte. Es ist in den letzten Jahren kaum ein Vorkurschlag zur Diskus- sion gekommen, bei dem nicht der eine oder andere Punkt ohne weiteres allgemein an- genommen worden wäre. Indem man aber eine unauflösbare Verbindung mit den anderen, teils schwierigeren, teils für einzelne Staa- ten überhaupt unannehmbaren Punkten be- handelte, ließ man lieber auch das Gute ungeschöhen und das Gefährliche scheitern.

Wir glauben damit auch der Sache des Friedens besser zu dienen. Denn es kann das nötige Gefühl der Verantwortung jedes ein- zelnen Staates nur erhöhen, wenn er nicht von vornherein weiß, in seinem Konflikt große und mächtige militärische Verbündete zu besitzen. Endlich gibt es auch hier Dinge, die möglich sind und Dinge, die unmöglich sind. Ich möchte als Beispiel in aller Kürze auf den uns vorgeschlagenen

So sehr wir selbst den Frieden lieben so wenig aber liegt es in unserer Hand, daß nicht, und gerade im Osten, wirksam irgand- welchen Staaten Konflikte auszubringen vermögen. An sich ist die Feststellung des Schuldigen in einem solchen Falle unendlich schwer. Eine von göttlicher Ein- sicht begnadete Stelle, die hier die ewige Wahrheit zu finden und auszusprechen vermag, gibt es auf dieser Welt nicht. So wie es einmal die Ritterkriege über die Völker rollt, beginnt der Jock alle Mittel zu heiligen. Bei den Menschen liegt die Erkenntnis aber das Recht und die Schuld dann lagern zu verfallener.

Vermächten und Unterstellungen

beizufügen die offen die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht gerichtet sind. Man erklärt, daß Deutschland 1. von nie- mand bedroht wird und daß daher 2. nicht vernünftig sei, warum Deutschland über- haupt aufrüste. Es würde sich hier die Gegenfrage erheben, warum die andere Seite die sich auf alle Fälle von dem abge- rüsteten Deutschland weniger bedroht füh- len konnte als umgekehrt, nicht ihrerseits die Aufrüstung einzeln und endlich abge- baut hat? Wenn man aber behauptet, daß Deutschland durch seine Wiederaufrüstung die anderen Staaten bedrohe, dann war doch zumindest die Aufstellung der anderen Staaten eine noch viel stärkere Bedrohung für das abgerüstete wehrlose Deutschland. Ich glaube, daß es hier nur an- statt des Entweder-Oder: ein Entweder-Oder gibt. Sind Kriegs- rüstungen eine Friedensbedrohung, dann sind sie dies bei allen Staaten. Oder sind sie keine Kriegsbedrohung, dann sind sie es bei keinem. Es geht nicht an, daß eine Gruppe von Staaten ihre Aufrüstung als einen Teilweg des Friedens, aber die Aufrüstung der anderen als eine Rute des Zerfalls hinstellt. Tanz ist Tanz und Bombe ist Bombe. Die Meinung, die Welt für ewige Zeit in verschiedenen berechnete Staaten einteilen zu können, wird immer nur einhellig anerkannt werden. Die deutsche Nation ist jedenfalls nicht gewillt, für alle Rollen als eine vorrückende oder minder berechnete anzuheben und behandelt zu werden. (Wiederholte stürmische Beifall.)

Ich muß aber noch einmal betonen, daß mir die Methode falsch zu sein scheint, für Konferenzen Programmentwürfe aufzuste- len mit der Überzahl: Alles oder nichts! Ich halte überhaupt einen solchen Grund- lag im politischen Leben für unpraktisch. Ich glaube, daß man in der Beziehung Euro- pas viel mehr erreicht haben würde, wenn man sich von Fall zu Fall mit dem Erreich- baren begnügt hätte. Es ist in den letzten Jahren kaum ein Vorkurschlag zur Diskus- sion gekommen, bei dem nicht der eine oder andere Punkt ohne weiteres allgemein an- genommen worden wäre. Indem man aber eine unauflösbare Verbindung mit den anderen, teils schwierigeren, teils für einzelne Staa- ten überhaupt unannehmbaren Punkten be- handelte, ließ man lieber auch das Gute ungeschöhen und das Gefährliche scheitern.

Wir glauben damit auch der Sache des Friedens besser zu dienen. Denn es kann das nötige Gefühl der Verantwortung jedes ein- zelnen Staates nur erhöhen, wenn er nicht von vornherein weiß, in seinem Konflikt große und mächtige militärische Verbündete zu besitzen. Endlich gibt es auch hier Dinge, die möglich sind und Dinge, die unmöglich sind. Ich möchte als Beispiel in aller Kürze auf den uns vorgeschlagenen

Wehr als 20 Jahre sind seit Beginn des Weltkrieges vergangen und jede Nation lebt in der heiligen Überzeugung, daß das Recht auf ihrer Seite und die Schuld bei den Geg- nern lag. Ich fürchte, daß bei Beginn eines solchen Konfliktes durch die Bestandsver- pflichtungen weniger der Weg zur Erkenntnis des Angreifers als vielmehr zur Unterfän- gung des den eigenen Interessen nützlichen Staates führen werden. Es würde vielleicht der Sache des Friedens dienlicher sein, wenn im Falle des Ausbruchs des Konfliktes sich sofort die Welt von beiden Seiten wahr- söge, als ihre Waffen schon von vornherein vertraglich in den Streit hineintragen zu las- sen. Allein von diesen grundsätzlichen Er- wägungen abgesehen, liegt hier noch ein besonderer Fall vor. Das heutige Deutschland ist ein nationalsozialisti- scher Staat. Die Ideenwelt, die uns be- herrscht, sieht

die These der Unteilbarkeit des Friedens als Vorwand für Konstruktionen zu miß- brauchen,

die weniger der kollektiven Sicherheit als vielmehr gewollt oder ungewollt der kollektiven Kriegsvorbereitung dienen. Der Welt- krieg sollte hier eine järende Warnung sein. Ich glaube nicht, daß Europa zum zweiten Male ohne die furchtbare Erschütte- rung eine ähnliche Katastrophe überdauern wird. Sie kann aber um so leichter eintreten, je mehr durch ein Not- internationaler Kreuz- und Querverpflichtungen die Möglichkeit einer Lokalisierung kleinerer Konflikte immer schwächer und die Gefahr eines Mitgerissen- werdens zahlreicher Staaten und Staaten- gruppen größer wird. Was Deutschland be- trifft, möchte ich hier keinen Zweifel über fol- gendes offen lassen:

in diametralen Gegensatz zu der Sowjetrusslands

Der Nationalsozialismus ist eine Lehre, die sich ausschließlich auf das deutsche Volk be- zieht. Der Volkshwismus betont seine inter- nationale Mission. Wir Nationalsozialisten glauben, daß der Mensch auf die Dauer nur glücklich werden kann in seinem Volk. Wir leben in der Über- zeugung, daß das Glück und die Leistungen Europas unzerstörlich verbunden sein wer- den mit dem Bestand eines Systems un- abhängiger freier nationaler Staaten. Der Volkshwismus predigt die Aufrüstung eines Weltregimes und kann nur Sektionen einer zentralen Internationale.

revolution mit den Waffen des Terrors und der Gewalt.

Der Nationalsozialismus kämpft für die Heberhöhung und konsequente Aus- gleichung der Lebensverhältnisse und für die Zusammenfassung aller zu gemeinsamen Leistungen. Der Volkshwismus lehrt die Heberwindung einer behaupteten Klassen- herrschaft durch die Taktik der Gewalt einer anderen Klasse. Der National- sozialismus legt seinen Wert auf eine nur theoretische Herrschaft der Arbeiterklasse, dafür aber um so mehr auf die praktische Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Lebenshaltung. Der Volkshwismus kämpft für eine Theorie und opfert dafür Millionen an Menschen, unermessliche Werte traditioneller Kultur und Heberlieferungen und erreicht mit uns verglichen, einen nur sehr niedrigen Standard der Lebenshaltung aller.

Deutschland hat Frankreich gegenüber feier- lich die nach der Saarabstimmung sich ergeben- den Grenzen angenommen und garantiert. Deutschland hat mit Polen ohne Rücksicht auf das Vergangene einen Gewaltanschießungsver- trag abgeschlossen als einen weiteren, mehr als einen wertvollen Beitrag zum europäischen Frieden, den es nicht nur blind halten wird, sondern von dem wir nur den einen Wunsch haben, einer stets aufs neue erfolgenden Ver- längerung und einer sich durchaus immer mehr ergebenden freundschaftlichen Vertiefung unse- rer Beziehungen. Wir lösen dies alles, trog- dem wir damit z. B. endgültig auf Glas-Boz- ringen Verzicht leisten, einem Land, um das auch wir zwei große Kriege führten. Wir lösen es aber, um besonders dem eigenen deutschen

Wir Nationalsozialisten er- kennen jedem Volk die Berechti- gung seines eigenen Innen- lebens nach seinen eigenen Er- fordernissen und seiner eigenen Vrienskorin. Der Volkshwismus stellt dagegen doktrinäre Theorien auf, die von allen Völkern ohne Rücksicht auf ihr be- sonderes Wesen, ihre besondere Veranlagung, ihre Traditionen usw. akzeptiert werden sollen.

Als Nationalsozialisten erfüllen uns die Bewunderung und Achtung vor den größten Leistungen der Vergangenheit nicht nur in unserem eigenen Volk sondern auch noch weit darüber hinaus. Wir sind glück- lich, einer europäischen Kulturgemeinschaft anzugehören, die der heutigen Welt in so großem Ausmaß den Stempel ihres Geistes aufgeprägt hat. Der Volkshwismus lehnt diese kulturelle Leistung der Menschheit ab und behauptet, den Beginn der welt- lichen Kultur- und Menschheitsgeschichte im

Unsere Friedensliebe ist vielleicht größer, als die anderer Völker.



Geburtsjahr des Marxismus gefunden zu haben.

Die Nationalsozialisten müssen vielmehr in dieser oder jener organisatorischen Frage mit unseren kirchlichen Organisationen nicht der gleichen Ansicht sein. Allein wir wollen niemals Religionen, und Glaubensstiftung und Wollschere nicht, das aus unserer Kirchen Klubbauer oder Klubbeppe werden. Der Bolschewismus lehrt die Gottlosigkeit und handelt dementprechend. Wir Nationalsozialisten leben im privaten Eigentum eine höhere Stufe der menschlichen Wirtschaftsentwicklung, die entsprechend den Unterschieden der Leistung die Verwaltung des Gemeinen regelt, die insgesam aber für alle den Vorteilen eines höheren Lebensstandards ermöglicht und garantiert.

Der Bolschewismus vernichtet nicht nur das Privateigentum, sondern auch die private Initiative und die Verantwortungslosigkeit. Er hat dadurch in Rußland, dem größten Apatatstade der Welt, Millionen Menschen nicht vor dem Verhungern retten können. Eine solche Katastrophe auf Deutschland übertragen, wäre unauferbar, denn endlich kommen in Rußland auf 90 Vandoewohner nur 10 Stadter, in Deutschland aber auf nur 23 Bauern 70 Stadterwohner!

Man könnte dies alles bis ins Endlose fortsetzen. Sowohl wir Nationalsozialisten als auch die Bolschewisten sind überzeugt, daß zwischen uns eine niemals zu überbrückende Weltentfernung liegt. Aber darüber hinaus stehen zwischen uns mehr als 400 ermordete nationalsozialistische Parteigenossen, Tausende weitere Nationalsozialisten, die in anderen Verbänden in Abwehr bolschewistischer Revolten gefallen sind, Tausende von Soldaten und Volksgemainschaften, die im Kampf zum Schutze des Reiches und der Länder gegen die ewigen kommunistischen Kustände erschossen und martiert worden sind, und dann allein über 43 000 Verletzte der RSDAP. Tausende von ihnen sind teils erblindet, teils Krüppel für die ganze Zeit ihres Lebens.

Soweit es sich beim Bolschewismus um eine russische Angelegenheit handelt, sind wir an ihm gänzlich uninteressiert. Jedes Volk soll nach seiner Fassung selbst werden. Soweit dieser Bolschewismus aber auch Deutschland in seinen Fandan zieht, sind wir seine Ingrimistischsten und seine fanatischsten Feinde. (Wesfall.)

Tatsache ist, daß der Bolschewismus sich selbst als weltrevolutionäre Idee fühlt und auch ausgibt.

Ich habe hier nur eine Auslese der revolutionären Vorgänge der letzten 15 Jahre, mit denen die bolschewistische Presse, die bolschewistische Literatur und prominente bolschewistische Staatsmänner und Redner ihre Verbundenheit ganz offen zugeben, ja sich ihrer rühmen, gegeben.

Ich habe aus der letzten Rede des englischen Lordsegelebewahrsers, wenn ich nicht irre, die Auffassung herausgelesen, daß solche und insbesondere aggressive militärische Tendenzen der Sowjetunion gänzlich fern liegen. Niemand würde glücklicher sein als wir, wenn sich diese Auffassung in der Zukunft bewahrheiten sollte. Die Vergangenheit spricht jedenfalls dagegen. Wenn ich mir annehme, meine Auffassung diesem Urteil entgegenzuhalten, dann kann ich immerhin darauf hinweisen, daß der Erfolg meines eigenen Lebenskampfes nicht gerade ausschließlich einer bei mir zufällig ganz besonders hart angehaften Unfähigkeit zu verdanken ist.

Ich glaube, ich verstehe davon einiges. Ich habe in Deutschland meine Tätigkeit etwa in derselben Zeit begonnen, in der der Bolschewismus seine ersten Erfolge, das heißt den ersten Bürgerkrieg in Deutschland feierte. Als nach 15 Jahren der Bolschewismus in unserem Lande sechs Millionen Anhänger zählte, war ich auf 13 Millionen gestiegen. Im Entscheidungskampf ist er unterlegen. Der Nationalsozialismus hat Deutschland und damit vielmehr ganz Europa vor der schrecklichsten Katastrophe aller Zeiten bewahrt. Würden die westeuropäischen Beurteiler dieser Idee über dieselben praktischen Erfahrungen verfügen, wie ich sie habe, dann glaube ich, würde man vielmehr auch dort zu wesentlich anderen Auffassungen gelangen. Würde aber mein Kampf in Deutschland misslingen sein und der bolschewistische Aufbruch das Reich zunächst überwältigt haben, dann weiß ich, würde das Verständnis für die Größe unserer geschichtlichen Leistung sicher nicht bestritten werden. So kann ich nur als vielmehr leicht von der übrigen Welt verlassener Wanne auftreten. Soweit es jedenfalls aber um Deutschland handelt, muß ich meinem Gewissen und meiner Verantwortung gemäß folgendes feststellen:

Die deutschen kommunistischen Kustände und Revolutionen hätten ohne die Leistungen und materielle Vorbereitung durch den Weltbolschewismus gar nicht stattfinden können. Ihre hervorragendsten Führer wurden für ihre revolutionären Handlungen in Deutschland nicht nur in Rußland geschult und finanziert, sondern auch gefeiert und mit Orden ausgezeichnet, ja sogar zu Inhabern russischer Truppenteile ernannt. Dies sind Tatsachen.

Deutschland hat bei keinem europäischen Kriege etwas zu gewinnen.

Was wir wollen, ist Freiheit und Unabhängigkeit

Aus diesen Absichten heraus waren wir auch bereit, mit allen unseren Nachbarstaaten Richtungsabweichungen abzuschließen.

Litauens Vergewaltigung der Memel-Deutschen

Wenn wir davon Litauen ausnehmen, so geschieht dies nicht deshalb, weil wir dort einen Krieg wünschen, sondern weil wir nicht mit einem Staat politische Verträge eingehen können, der die primitivsten Gesetze des menschlichen Zusammenlebens mißachtet. Es ist klar genug, daß durch die zersplitterte Lagerung der europäischen Völker sich in manchen Fällen eine praktische Grenzziehung in den den Nationalitäten entsprechenden Nationalgrenzen nur schwer verwirklichen läßt. Oder daß durch gewisse Verträge auf nationale Zusammengehörigkeit bewußt keine Rücksicht genommen wurde. Es ist dann aber erst recht nicht notwendig, daß man Menschen, die ohnehin schon von dem Unglück betroffen sind, von ihrem angestammten Volk weggerissen zu sein, außerdem noch quält und mißhandelt. (Stürmische Zustimmung.)

In einer großen internationalen Zeitung las ich vor wenigen Wochen die Bemerkung, daß Deutschland doch leicht auf das Memelgebiet Verzicht leisten könne, es sei ohnehin schon groß genug. Diese edle, menschenfreundliche Steibenz vergibt nur einem, daß 140 000 Menschen endlich ja auch ein eigenes Lebensrecht besitzen, daß es sich gar nicht darum handelt, ob Deutschland sie will oder nicht will, sondern darum, ob sie selbst Deutsche oder keine Deutsche sein möchten. Sie sind Deutsche. Man hat sie durch einen nachträglich sanktionierten Ueberfall, der mitten im Frieden stattfand, vom Reiche weggerissen. Und zur Strafe dafür, daß sie nun dennoch an deutschem Volkstum hängen, werden sie verfolgt, gefoltert und auf das

barbarischste mißhandelt. (Zosende Kundgebungen.)

Was würde man wohl in England oder Frankreich sagen, wenn ein solch trauriges Schicksal dieser Nation zustoßen würde? Wenn das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Volk durch Menschen, die man gegen jedes Recht und Naturrempfinden von einem solchen Volke weggerissen hat, als strafwürdiges Verbrechen gilt, dann heißt dies, daß man Menschen selbst das Recht bestreitet, das jedem Tier noch zugebilligt wird: Das Recht der Anhänglichkeit an den alten Herrn und die alle angeborne Gemeinschaft. Ueber 140 000 Deutsche in Litauen werden sogar unter diese Rechte gestellt. Wir haben daher keine Möglichkeit, solange es den verantwortlichen Garantien des Memelstatus interieus nicht möglich ist, Litauen zum Respekt der primitivsten Menschenrechte zurückzuführen, andererseits mit diesem Staat irgendeinen Vertrag abzuschließen. (Wesfall.)

Mit dieser Ausnahme aber — die jederzeit von den dafür verantwortlichen Großmächten behoben werden kann — sind wir bereit, jedem angrenzenden europäischen Staat durch einen Richtungsabweichungs- und Gewaltabschließungsvertrag jenes Gefühl der Sicherheit zu erhöhen, das ja auch uns als Gegenseite zugute kommt. Wir haben aber nicht die Möglichkeit, solche Verträge durch Bestandsverpflichtungen zu ergänzen, die weltanschaulich, politisch und sachlich für uns untragbar sind. Der Nationalsozialismus kann nicht die Angehörigen des deutschen Volkes, d. h. seine Anhänger, zum Kampf aufrufen für die Erhaltung eines Systems, das in unserem eigenen Staat zumindest als unser grimmigster Feind in Erscheinung tritt. (Zustimmung.)

Die Verpflichtung zum Frieden, ja!

Eine Kampfhilfe des Bolschewismus wünschen wir selbst nicht, und wären auch nicht in der Lage, sie zu geben. Im übrigen leben wir in dem Abklüß der uns bekannt gewordenen Bestandsverpflichtungen ein, die sich in nichts mehr unterscheiden von der Bildung der früheren militärischen Allianzen. Wir bedauern dies besonders deshalb, weil durch das zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossene Militärbündnis ohne Zweifel in den einig klaren und wirklich wertvollen gegenseitigen Sicherheitsvertrag in Europa, nämlich den Locarno-Pakt, ein Element der Rechtsunsicherheit hineingetragen wird.

Die wohl aus ähnlichen Befürchtungen heraus in letzter Zeit von verschiedenen Seiten vorgetragene Interpellation über die insofern dieses neuen Bündnisses abgeleiteten Rechtsverpflichtungen beweisen sowohl durch die Fragestellungen als auch durch die Verantwortung, wie groß die Zahl der dadurch ermöglichten Fälle ist, die jedenfalls zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben können.

Die deutsche Reichsregierung wird besonders dankbar sein, eine authentische Interpretation der Abwärtungen und Auswärtungen des russisch-französischen Militärbündnisses auf die Vertragspflichten der einzelnen Vertragspartner des Locarno-Paktes

zu erhalten. Sie möchte auch keine Zweifel über ihre eigenen Auffassungen aufkommen lassen, daß sie diese Militärbündnisse als unvereinbar mit dem Geist und dem Buchstaben des Völkereidensatzes hält.

Nicht weniger unendlich als die Uebernahme unbegrenzter Bestandsverpflichtungen erscheint uns die Unterzeichnung von Richtungsabweichungspakten, solange dieser Begriff nicht eine genaueste Definition erfährt. Denn an sich hätten wir Deutsche den allermeisten Grund, uns zu freuen, wenn endlich ein Weg oder eine Methode gefunden werden könnte, um die Einflußnahme auf das innerepolitische Leben der Völker durch Kräfte von außen zu unterbinden und zu verhindern.

Seit Beendigung des Weltkrieges ist ja Deutschland ein Opfer solcher fortgesetzter Öffnungen.

Unsere kommunistische Partei war die Section einer im Ausland ansettlernden und dort dirigierten politischen Bewegung. Alle Kustände in Deutschland erhielten von außen ihre geistige Führung und materielle Förderung. Das ist übrigens der anderen Welt ganz genau bekannt, hat sie aber nie sonderlich aufgeregt. Eine Armee von Emigranten ist im Ausland gegen Deutschland tätig. In Prag, Paris und anderen Städten werden fortgesetzt revolutionäre deutsche Pri-

lungen gedruckt und nach Deutschland geschmuggelt. Uebersichtliche Aufträge zu Gewalttaten finden nicht nur in diesen Organen, sondern auch in sonstigen großen Mäthern bereitwillige Aufnahme.

Sogar „Schwarze Sender“ fordern von dort aus in Deutschland zu Attentaten auf. Wieder andere Sender machen in deutscher Sprache Propaganda für in Deutschland verbotene Terrororganisationen, Gerichtsahde werden im Ausland in voller Offenheit gebildet und verübt, von außen her in die deutsche Rechtspflege einzugreifen usw. usw.

So sehr wir also selbst interessiert sind, solche Veruche und Methoden zu beseitigen, so groß scheint uns die Gefahr zu sein, daß bei einer nicht ganz genauen Definition solcher Vorgänge ein Regime, das im Innern eines Staates aber keine andere Rechtsgrundlage als die der Gewalt verfügt, jede innere Erhebung sofort als auf äußeren Einfluß zurückzuföhrende Einmischung unzulässig verurteilt und nun zu einer Selbstbehaltung die vertragliche Waffenhilfe fordert. Daß in Europa die möglichen Grenzen nicht die Idengrenzen sind und sein können, kann schwerlich bestritten werden.

Seit der Einführung des Christentums haben sich in ununterbrochener Folge bestimmte Ideen in der europäischen Völker- und Schicksalsfamilie verbreitet und über alle staatlichen und nationalen Grenzen hinweg Brüden geschlagen und verbindende Elemente geschaffen. Wenn zum Beispiel ein ausländisches Kabinetsmitglied bedauert, daß im heutigen Deutschland bestimmte, im Westen Europas gültige Feststellungen zur Zeit nicht mehr anerkannt werden, so möchte es eigentlich um so verständlicher sein, wenn umgekehrt deutsche Gedanken des Reiches an dem einen oder anderen deutschen Land nicht spurlos vorbeiziehen können.

Die Beziehungen zu Oesterreich

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren Oesterreichischen Verhältnisse einzumengen. Oesterreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begrifflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volke überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird.

Ich selbst glaube, daß auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volke verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem großen Prozent auch deutschen Schweiz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einloch deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine tatsächliche ist und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen.

Die deutsche Regierung bedauert die durch den Konflikt mit Oesterreich bedingte Spannung um so mehr, als dadurch eine Störung unseres früher so guten Verhältnisses zu Italien eingetreten ist, einem Staat, mit dem wir sonst keinerlei Interessengegenstände besitzen.

Wenn ich von diesen allgemeinen Betrachtungen nun übergehe zu einer präzisieren Fixierung der vorliegenden aktuellen Probleme, so komme ich zu folgender Stellungnahme der deutschen Reichsregierung:

Die 13 Punkte der deutschen Außenpolitik

1. Die deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entscheidung ab. Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern das Diktat von Versailles wurde in den bekannten Punkten einseitig verletzt und damit außer Kraft gesetzt durch jene Mächte, die sich nicht entschließen konnten, der von Deutschland verlangten Abklärung die vertraglich vorgesehene eigene Folgen zu lassen. Die durch diesen Beschluß in Gest Deutschland zugefügte neue Diskriminierung machte es der deutschen Reichsregierung unmöglich, in diese Institution zurückzukehren, ehe nicht die Voraussetzungen für eine wirklich gleiche Rechtslage aller Teilnehmer geschaffen ist. (Zosender Wesfall.)

Zu dem Zweck erachtet es die deutsche Reichsregierung als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterbrechung der Nationalen in Sieger und Besiegte, und dem Völkereid, der aufgebaut sein muß auf der Gleichberechtigung und Gleichberechtigung aller Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuföhren. Diese Gleichberechtigung muß sich auf alle Funktionen und alle Befehrberechtigungen im internationalen Leben erstrecken.

2. Die deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Abklärungsverpflichtungen durch die anderen Staaten sich überseits losgelöst von den Rechten, die infolge der nunmehr einseitigen Vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminie-

rung der deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellt. Sie erklärt aber hiermit feierlich, daß sich diese ihre Maßnahme ausschließlich auf die moralische und sachlich das deutsche Volk diskriminierenden und belastigenden Punkte bezieht. Sie ist demgegenüber selbst überzeugt, daß die das sonstige Zusammenleben der Nationen betreffenden Bestimmungen von keiner Macht einseitig zu lösen sind und in diesem Sinne von Deutschland unbedingt respektiert werden.

3. Die deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint. Sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn die Abfassung vor ihrem Regierungsmehrheit und Mandat antritt, peinlich einhalten. Sie wird insbesondere daher alle aus dem Locarno-Pakt sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten und erfüllen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen.

Die deutsche Reichsregierung steht in der Respektierung der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unentbehrlichen Beitrag zur Verhütung Europas. Sie glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenvermehrungen auf der anderen Seite keineswegs als eine Ergänzung dieser Bestrebungen anzusehen sind.

4. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber

dann für notwendig, dem Gesetz der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen.

Sie sieht in der Grundgedanke einer geordneten Vertragentwicklung ein Element der Friedenssicherung, in dem Abdröckeln jeder notwendigen Wandlung eine Anbahnung für spätere Explosionen.

5. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der Renaubau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in der Form einseitig aufoftronterter Bedingungen vollziehen kann. Sie glaubt, daß es richtig ist, sich angeschlossen der nicht immer gleich gelagerten Interessen Kreis mit einem Minimum zu begnügen. Ratt diese Zusammenarbeit infolge eines unerfüllbaren Maximums an Forderungen scheitern zu lassen. Sie ist weiter der Ueberzeugung, daß sich diese Verständigung mit einem großen Ziel im Auge nur schrittweise vollziehen kann.

6. Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Richtungsabweichungen mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Isolierung des Kriegshandes abzielen. Sie ist insbesondere bereit zur Uebernahme aller Verpflichtungen, die sich daraus für die Lieferung von Materialien und Waffen im Frieden oder Krieg ergeben können und von allen Partnern übernommen und respektiert werden.

7. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur Ergänzung des Locarno-Paktes einem



Zustimmen und in seine Erörterung einzutreten.

8. Die deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekannt gegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen. Sie sieht weder zu Lande, noch zur Luft, noch zur See in der Erfüllung ihrer Programme irgendeine Bedrohung einer anderen Nation. Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenausstattung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die deutsche Reichsregierung hat von sich aus bereits bestimmte Begrenzungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Wettrennen zu vermeiden. Ihre Begrenzung der deutschen Aufrüstung auf den Stand einer Parität mit den einzelnen anderen westlichen großen Nationen ermöglicht jederzeit die Fixierung einer oberen Zahl, die dann miteinander sich Deutschland verpflichten wird.

Die Begrenzung der deutschen Marine

liegt mit 35 Prozent der englischen mit noch 15 Prozent unter dem Gesamttonnage der französischen Flotte. Da in den verschiedenen Presskommentaren die Meinung verbreitet wurde, daß diese Forderung nur ein Beginn sei und sich insbesondere mit dem Besitz von Kolonien erhöhen würde, erklärt die deutsche Regierung bindend:

Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende. Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgend eine neue Flottenwettbewerbs einzutreten. Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die übertragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des brüderlichen Weltreiches zur See an, genau so wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles Notwendige zum Schutze unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu tun.

Die deutsche Regierung hat die aufrichtige Absicht, alles zu tun, um zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten, das eine Wiederholung des bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen für immer verhindert wird.

9. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen unerlöster Rüstungen führen können. Sie sieht in A. den einzigen möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankenansätzen der einstigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verfeinerung von Kampfmethoden und Kampfmitteln, die ihrem innersten Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits geltenden Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt dabei, daß ebenso wie die Anwendung von Dum-Dum-Geschossen einst verboten und im großen auch damit praktisch verhindert wurde.

auch die Anwendung anderer bestimmter Waffen zu verbieten und damit auch praktisch zu verhindern ist.

Sie versteht darunter alle jenen Kampfweisen, die in erster Linie weniger den kämpfenden Soldaten als vielmehr den am Kampfe selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Verletzung bringen.

Die deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzuschießen, aber das Bombardement offen zu lassen, für irrig und unvollständig. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen international als völkerrechtswidrig zu verbieten und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend zu verurteilen.

Sie glaubt auch hier, daß ein schrittweises Vorgehen am besten zum Erfolge führen kann. Also: Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfsituation. Diese Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verurteilung des Bombenabwurfs überhaupt vorgelegt werden. Solange aber der Bombenabwurf als solcher freibleibt, ist jede Begrenzung der Zahl der Bombenflugzeuge angesichts der Unmöglichkeit des schnellen Ersatzes fragwürdig.

Wird der Bombenabwurf aber als solcher als völkerrechtswidrig verbietet gebrandmarkt, so wird

der Bau von Bombenflugzeugen damit bald als überflüssig und zwecklos

von selbst sein Ende finden. Wenn es einst gelang, durch die Genfer Rote-Kreuz-Konvention die an sich mögliche Tötung des wehrlos gewordenen Verwundeten oder Gefangenen allmählich zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den Bombenkrieg gegen die ebenfalls wehrlose Zivilbevölkerung zu verbieten und endlich überhaupt zur Einstellung zu bringen.

Deutschland sieht in einer solchen grundsätzlichen Auffassung dieses Problems eine größere Beruhigung und Sicherheit der Völker als in allen Verstandspakten und Militärkonventionen.

Das neue Wehrgesetz

Berlin, 21. Mai.

Vor der Reichstags-Sitzung fand eine Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Führers und Reichskanzlers statt, in der das vom Reichswehrminister eingebrachte Wehrgesetz beraten und beschlossen wurde. Ferner wurde ein Gesetz über Änderung des Reichsminister-Gesetzes angenommen, wonach allgemein alle Soldaten Minister werden können. Bei einem zum Reichsminister ernannten Soldaten ruht der Anspruch auf sein Dienstvermögen. Am Schluß der Sitzung dankte der Führer und Reichskanzler in herzlichsten Worten dem Reichskriegsminister v. Blomberg für die große bei der Wiederherstellung der Wehrfreiheit des deutschen Volkes geleistete Arbeit.

Die wichtigsten Bestimmungen des Wehrgesetzes

Das von der Reichsregierung beschlossene und veränderte Wehrgesetz umfaßt 33 Paragraphen, die in fünf Abschnitte aufgeteilt sind. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende, die wir im Wortlaut wiedergeben:

Abschnitt 1: Allgemeines

§ 1. 1. Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke. 2. Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig. 3. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet.

§ 2. Die Wehrmacht ist der Waffentträger und die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes. Sie besteht aus dem Heere, der Kriegsmarine, der Luftwaffe.

§ 3. 1. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ist der Führer und Reichskanzler. 2. Unter ihm sibt der Reichskriegsminister als Oberbefehlshaber der Wehrmacht Befehlsgewalt über die Wehrmacht aus.

Abschnitt 2: Die Wehrpflicht

§ 4. Die Dauer der Wehrpflicht: Die Wehrpflicht dauert vom vollendeten 18. Lebensjahre bis zu dem auf die Vollendung des 45. Lebensjahres folgenden 31. März.

§ 5. Pflichten im Kriege. 1. Alle Wehrpflichtigen haben sich im Falle einer Mobilmachung zur Verfügung der Wehrmacht zu halten. Der Reichskriegsminister entscheidet über ihre Verwendung. 2. Die Befehle der Wehrmacht gehen im Kriege allen anderen vor.

§ 6. Erweiterung der Wehrpflicht. Im Kriege und bei besonderen Notständen ist der Reichskriegsminister ermächtigt, den Kreis der für die Erfüllung der Wehrpflicht in Betracht kommenden deutschen Männer zu erweitern.

Es folgen nun diejenigen Bestimmungen, die technische Einzelheiten regeln. Wir geben sie im Auszug wieder:

§ 7. Wehrdienst besagt: Die Wehrpflicht wird durch den Wehrdienst erfüllt. Der Wehrdienst umfaßt: a) den aktiven Wehrdienst (hier sind die einzelnen Kategorien aufgeführt), b) den Wehrdienst im Beurlohnungsstande.

10. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schwersten Waffen führt.

Diese Waffen umfassen 1. schwerste Artillerie und 2. schwerste Panzer. Angesichts der ungeheuren Verstärkungen der französischen Grenze würde eine solche internationale Beseitigung der schwersten Angriffswaffen Frankreich automatisch in den Besitz einer geradezu hundertprozentigen Sicherheit bringen.

11. Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberhöhen der Artillerie, der Schiffschiffe, Kreuzer und Torpedoboote zuzustimmen. Desgleichen ist die deutsche Reichsregierung bereit, jede internationale Begrenzung der Kriegsschiffgrößen zu akzeptieren und endlich ist die deutsche Reichsregierung bereit, der Begrenzung des Tonnagehalbes der U-Boote oder auch ihrer vollkommenen Beseitigung für den Fall einer internationalen gleichen Regelung zuzustimmen.

Darüber hinaus aber gibt sie abermals die Versicherung ab, daß sie sich überhaupt jeder internationalen und im gleichen Zeitraum wirksam werdenden Waffenbegrenzung oder Waffenbeseitigung anschließt.

12. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirkliche Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergütung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.

13. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere

Im Beurlohnungsstande stehen die Angehörigen: 1. der Reserve, 2. der Ersatzreserve, 3. der Landwehr.

Die nach § 6 einberufenen Jahrgänge im Alter von über 45 Lebensjahren bilden den Landsturm.

§ 8. Aktive Dienstpflicht. 1. Der Führer und Reichskanzler legt die Dauer der aktiven Dienstpflicht für die Wehrpflichtigen fest. 2. Die Wehrpflichtigen werden in der Regel im dem Kalenderjahr, in dem sie das 20. Lebensjahr vollenden, zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht einberufen. Freiwilliger Eintritt in die Wehrmacht ist schon früher möglich. 3. Die Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. Ausnahmen werden durch Sonderbestimmungen geregelt. 4. Bei Freiheitsstrafen von mehr als 30 Tagen Dauer haben die Wehrpflichtigen die entsprechende Zeit nachzudienen, falls sie nicht nach § 23 aus dem aktiven Wehrdienst ausgeschieden müssen.

§ 12 regelt das Ersatzwesen. II. a. wird gesagt: In der entmilitarisierten Zone werden die Wehrpflichtigen durch die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung ersetzt.

§ 13 behandelt die Wehruwürdigkeit. Wehruwürdig ist u. a. auch, wer wegen staatsfeindlicher Betätigung gerichtlich bestraft ist.

§ 14 Wehrpflichtausnahmen. Zum Wehrdienst dürfen nicht herangezogen werden: 1. Wehrpflichtige, die nach dem Gutachten eines Sanitätsoffiziers oder eines von der Wehrmacht beauftragten Arztes für den Wehrdienst untauglich befunden sind. 2. Wehrpflichtige römisch-katholischen Bekenntnisses, die die Subdiakonatsweihe erhalten haben.

Besonders wesentliche Bestimmungen enthält § 15. Artische Abstammung. Er besagt: 1. Artische Abstammung ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. 2. Ob und in welchem Umfang Ausnahmen zugelassen werden können, bestimmt ein Prüfungsausschuss nach Richtlinien, die der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichskriegsminister aufstellt. 3. Nur Personen artischer Abstammung können Vorgesehten in der Wehrmacht werden. 4. Den Angehörigen artischer Abstammung in der Wehrmacht und des Beurlohnungsstandes ist das Eingehen der Ehe mit Personen nichtartischer Abstammung verboten. Zuwiderhandlungen haben den Verlust jedes gehobenen militärischen Dienstgrades zur Folge. 5. Die Dienstleistung der Nichtartier im Kriege bleibt besonderer Regelung vorbehalten.

Einjährige Dienstzeit!

Verordnung des Führers über die Dauer der Wehrpflicht

Zu § 8 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 hat der Führer und Reichskanzler folgende Verordnung erlassen: „Die Dauer der aktiven Dienstpflicht bei den drei Wehrmachtsteilen wird einheitlich auf ein Jahr festgesetzt.“

Staatenunterbindung und unmöglich macht.

Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und allen Staaten zugutekommt, da die Gefahr besteht, daß in Ländern mit Regierungen, die nicht vom allgemeinen Vertrauen ihres Volkes getragen sind, innere Erhebungen von interessierter Seite nur zu leicht auf äußere Einmischung zurückgeführt werden können, erscheint es notwendig, den Begriff „Einmischung“ einer genauen internationalen Definition zu unterziehen.

Abgeordneter Max Maercker des Deutschen Reichstags: „Ich habe mich bemüht, Ihnen ein Bild der Auffassungen zu geben, die uns heute bewegen. So groß auch die Besorgnisse im einzelnen sein mögen, ich halte es mit meinem Verantwortungsgesühl als Führer der Nation und Kanzler des Reiches unvereinbar, auch nur einen Zweifel über die Möglichkeit der Aufrichterhaltung des Friedens auszusprechen. Die Völker wollen ihn. Es muß den Regierungen möglich sein, ihn zu bewahren. Ich glaube, daß die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft zu einem Element dieses Friedens werden wird, nicht weil wir beabsichtigen, sie zu einer sinnlosen Größe zu steigern, sondern weil die einfache Tatsache ihrer Existenz ein gefährliches Vakuum in Europa beseitigt. Deutschland hat nicht die Absicht, seine Rüstungen ins Wertlose zu steigern.“

Wir besitzen keine 10 000 Bombenflugzeuge und werden sie auch nicht bauen.

Im Gegenteil: Wir haben uns selbst jene Begrenzung auferlegt, die nach unserer Überzeugung den Schutz der Nation gewährleistet, ohne gegen den Gedanken einer kollektiven Sicherheit und ihrer Regelung zu verstoßen. Wir würden am glücklichsten sein, wenn eine solche Regelung uns die Möglichkeit geben würde, den Fleiß unseres

Volkes für nützlichere Produktionen verwenden zu können als für die Herstellung von Instrumenten zur Zerkleinerung von Menschenleben und Gütern.

Wir glauben, daß, wenn die Völker der Welt sich einigen könnten, ihre gesamten Brand-, Gas- und Sprengbomben gemeinsam zu vernichten, daß dies eine billigere Angelegenheit wäre, als sich mit ihnen gegenseitig zu zerkleineren.

Wenn ich so spreche, dann rede ich nicht mehr als Vertreter eines wehrlosen Staates, dem eine solche Handlung anderer keine Verpflichtungen, sondern nur Vorteile bringen könnte. Es ist nicht meine Absicht, mich an der in letzter Zeit an verschiedenen Orten eingeleiteten Diskussion über den Wert anderer oder der eigenen Armer über den fehlenden Mut fremder und die hervorragende Tapferkeit der eigenen Soldaten zu beteiligen.

Wir alle wissen, wieviele Millionen Kühner und todesmutiger Gegner uns leider im Weltkrieg gegenüberstanden sind. Aus Deutschen kann aber die Geschichte sicherlich öfter das Zeugnis anstellen, daß wir die Kunst des vernünftigen Lebens weniger verstanden haben als die Kunst des anständigen Sterbens. Ich weiß, der Deutsche wird als Soldat, wenn je die Nation angegriffen würde, unter dem Eindruck der 1½ Jahrzehnte langen Wehrlohn über das Schicksal besiegter Völker mehr denn je seine Pflicht erfüllen. Diese sichere Überzeugung ist für uns alle die Last einer schweren Verantwortung und damit eine höchste Verpflichtung.

Ich kann die heutige Rede vor Ihnen, meine Mitkämpfer und Vertrauensmänner der Nation, nicht besser schließen als durch die Wiederholung unseres Bekenntnisses zum Frieden.

Die Art unserer neuen Verfassung gibt uns die Möglichkeit, in Deutschland den Kriegsherrn das Handwerk zu legen. Möge es auch den anderen Völkern gelingen, der wahren Sehnsucht ihres Inneren mutigen Ausdruck zu verleihen! Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen. Wir aber leben der festen Überzeugung, daß sich in unserer Zeit nicht erfüllt der Untergang des Abendlandes, sondern seine Wiederaufstehung. Daß Deutschland zu diesem großen Werk einen unergänzlichen Beitrag liefern möge, ist unsere stolze Hoffnung und unser unerschütterlicher Glaube.

Die fünfte Sitzung des Reichstages

Seit dem frühen Morgen stand die Reichshauptstadt im Zeichen der am Abend stattfindenden Reichstags-Sitzung. Ueberall wurden Lautsprecher errichtet und instand gesetzt. In den Mittagstunden fanden sich bereits die ersten Reugierigen in der Wilhelmstraße ein, die unter keinen Umständen die Abfahrt des Führers zur Sitzung verläumern wollten. Schon im Laufe des frühen Nachmittags mußte ein stärkeres Aufgebot von Polizei die Straßenordnung aufrechterhalten, so groß war bereits der Andrang der Reichsanhänger. Die Spannung, mit der die Rede des Führers im Ausland und im Inland erwartet wurde, geht schon daraus hervor, daß die Rundfunkgesellschaften der drei skandinavischen Staaten, die amerikanische Broadcasting Company, südamerikanische, chinesische usw. Rundfunkgesellschaften aus eigener Initiative die Übertragung der Führerrede wünschten, teils unmittelbar, teils in Uebersetzung. Bis in die heutigen frühen Morgenstunden dauerten diese Übertragungen.

Der Beginn der Sitzung

Der Sitzungssaal in der Stollhofer ist einfach geschmückt. Als die Abgeordneten des Deutschen Reichstages den Saal betreten, fällt er sich bald bis auf den letzten Winkel. Ehrenplätze nehmen ein die acht Abgeordneten des Saarlandes, die zum erstenmal im Laufe vertreten sind. Dann eröffnet Reichstagspräsident Göring die Sitzung. Er gedenkt, indes sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, Hans Schemm, des tapferen Vorkämpfers der nationalsozialistischen Bewegung in der bayerischen Ostmark, er begrüßt die erstmalig erscheinenden Vertreter des Saarlandes und spricht dann über den Heimgang des großen Soldaten der polnischen Nation, Marschall Pilsudski; auch diesen Nachruf hört das Haus lebhaft an.

Tosender Beifall erhebt sich, als Reichsinnenminister Dr. Fried den Beschluß des Wehrgesetzes verkündet. Unter orkanartigem Händeklatschen und Heulrufen erhebt sich dann der Führer und Reichskanzler zu seiner großen, die außenpolitischen Probleme behandelnden Rede. Atemlos Zuhler tritt ein bis die ersten Säße den ersten Verfall ausbilden. Und immer wieder wird dieser Beifall geendet, wenn der Führer von den Lebensrechten der deutschen Nation und ihren Grundgesetzen spricht, die sind: Ehre, Freiheit, Gleichberechtigung! Niemand hat ein Volk und eine Volkvertretung ein aufrichtigeres und deutlicheres Bekenntnis zum Frieden abgelegt als in diesen geschichtlichen Stunden dieser fünften Reichstags-Sitzung.

Gunnützlich nimmt dann der Reichstag die Entscheidung an, in der er die Erklärung der Reichsregierung billigt.

Aus dem Heimatgebiet

Vorausichtige Witterung: Für Donnerstag und Freitag ist zwar mehrfach heiteres, aber zu Bewitterungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Kreistag der NSDAP

Der diesjährige Kreistag der NSDAP wird am 2. Juni in Willbad abgehalten. Die gesamten Gliederungen der Bewegung treten morgens im Kurgarten zu einer großen öffentlichen Kundgebung an, bei welcher namhafte Führer der Bewegung sprechen werden. Mittags finden in verschiedenen Sälen Sonbertagungen der einzelnen Gliederungen statt und abends 6 Uhr wird auf dem Esberg ein zum Andenken an die Gefallenen der Bewegung errichtetes Denkmal geweiht werden.

Selbstverständliche Pflicht aller Parteigenossen ist es, an den Kundgebungen des Kreistags teilzunehmen. **Böpple.**

Neuenbürg, 22. Mai

Die NS-Volkswohlfahrt Ortsgruppe Neuenbürg teilt uns zur Veröffentlichung mit, daß unsere Kinder, die zur Kinderlandverschickung nach Gau Süd-Hannover vorgesehen sind, voraussichtlich bestimmt am 3. Juni den Erholungsurlaub antreten. Wir ersuchen die Eltern der Kinder, für ausreichende Kleidungs- und Wäscheartikel sowie für gutes Schuhzeug besorgt zu sein. Auch ist unbedingt für zweckmäßiges Reisegepäck Vorkehrung zu treffen. Des Weiteren vermehren wir, daß der vom Kultusministerium an die Volksschulen ergangene Runderlass, wonach Schulkinder außerhalb der großen Ferienzeit keine längere Freiheit mehr zu gewähren sei, nach Rücksprache mit dem hiesigen Rektorat für die bereits zur Kinderlandverschickung gemeldeten Kinder nicht mehr zu trifft, so daß für Eltern und Kinder kein Anlaß zur Beantragung gegeben ist und die Erholungsfahrt nach Südhannover zur festgesetzten Zeit erfolgen kann.

Am Grabe zweier Mitbürger

Neuenbürg, 22. Mai.
Gestern nachmittag wurden die sterblichen Überreste der so rasch verstorbenen Mitbürger, Drechslermeister Albert Beil und Buchbinder Ernst Gargus, zu Grabe getragen. An jedem Grab hatte sich eine stattliche Trauergemeinde versammelt, um Abschied zu nehmen von zwei Männern, die sich großer Verdienste bis zu ihrem Tode erfreuen durften. Von auswärts waren zu diesen beiden Begräbnissen zahlreiche Trauergäste, meist gute Bekannte oder Verwandte der beiden Verstorbenen, erschienen.

Die Trauerfeier für Drechslermeister Beil fand dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend am Grabe statt. In den ergreifenden Worten des Geistlichen trat einem noch einmal der tatkräftige, fleißige und charaktervolle Drechslermeister Beil entgegen, der selbst dem Bischof wählte: „Ich schäme mich des Evangeliums von Jesus Christus nicht“ und diesen Text legte der Geistliche seiner Grabrede zugrunde. Der 1. Vorstand des Männergesangsvereins „Niedertrans-Freundschaft“ würdigte in kurzen Worten die Verdienste des heimgegangenen Ehrenmitgliedes, der für die edle deutsche Sangesache immer ein aufgeschlossenes Herz zeigte und dem deutschen Lied zuliebe manches Opfer an sich nahm. In der Verwandtschaft des „Niedertrans-Freundschaft“ wird sein Andenken in Ehren behalten werden. Der Chor des Vereins widmete dem Verstorbenen zum Abschied zwei erhebende Trauergesänge, während der Vorstand als äußeres Zeichen der Dankbarkeit einen Kranz niederlegte. Der Bund der Oratorienlieder ließ unter Dankes- und Abschiedsworten ebenfalls einen Kranz niederlegen. Die Freie Feuerwehr war durch eine Abordnung vertreten.

Am Grabe von Buchbinder Gargus hatte sich die Turnfamilie und die Gefolgschaft der G. Reich'schen Buchhandlung und des „Enzfälers“ versammelt. Der Vorstand des Turnvereins schilderte am Grabe, mit welcher schmerzlichen Gefühlen der Turnverein Neuenbürg von seinem Ehrenmitglied Gargus Abschied nahm. Er war ein guter Turnkamerad, als solcher bleibt er in guter Erinnerung. Für die Gefolgschaft des „Enzfälers“ und im Auftrag des Betriebsführers sprach Arbeitskamerad Müller am Grabe. Der Verstorbene, vom Betriebsführer und allen Mitarbeitern gleich gehalten, war 38 Jahre lang beim „Enzfäler“ tätig. Der Geistliche legte seiner Ansprache die Schriftworte zugrunde: „Herr nicht mein, sondern dein Wille geschehe“. Die erste Trauerfeier umrahmte der Chor des Männergesangsvereins „Niedertrans-Freundschaft“ mit zwei Trauergesängen. Am Schluß der beiden Trauerfeiern spielte das Bläserquartett der Freie, Feuerwehr das Lied vom guten Kameraden, während die beiden Fahnen letzte Grüße ins helle Grab rauscherten. Möge beiden Verstorbenen die Heimmaterde leicht werden.

Birkenfeld

Am Dienstag den 20. Mai findet in der Turnhalle punkt 19 Uhr ein Sportwettbewerb statt. Es wird geboten: 1. Vorführungen des BDM, der SA, der Turnerinnen und der Gerätturner. 2. Lichtbildervortrag über die Olympiade 1936.

Vererung der Obstbaumfreunde

Calmbach, 20. Mai.
Am letzten Sonntagvormittag fand hier ein Vererung der Obstbaumfreunde durch einige Obstgärtner am Esberg statt. Führer war Kreisobstgärtner Scheerer aus Neuenbürg. Trotz des sehr ungünstigen Wetters folgte eine stattliche Zahl von Interessierten den anschaulichen Ausführungen des Herrn Scheerer. Nach der Begrüßung durch Herrn Deisch wurde das für die einzuführenden verschiedenen Spritzungen als Versuchsgrundstück dienende Obstgut des Herrn Kiefer besichtigt. Ein Bostop war da zu sehen, wie er nach Gesundheit und Blütenpracht wohl nicht schöner gedacht werden kann, ein Beweis dafür, daß wir hier in Calmbach uns sehr wohl zu den Obstgärtnern rechnen dürfen. Herr Deisch berichtete über die vorgenommenen Spritzungen und Herr Scheerer über Zweck und Ziel derselben. Im weiteren Verlauf folgte alles mit sehr regem Interesse den praktischen und theoretischen Erläuterungen am Stamm, Zweig, Blatt und Blüte, Schädlinge aus dem Tier- und Pflanzenreich wurden gefunden und mit der Lupe gezeigt. Krebs- und Wundbehandlung, Kronenbildung und „Erziehung“ des ganzen Baumes besonders in den ersten Jahren wurden eindringlich behandelt und gezeigt, was immer noch falsch, verkehrt und wie es nach dem neuesten Stand recht gemacht werden soll. Anschließend sprach Herr Scheerer noch im „Bühnenhof“ über gezielte Vorkäufnisse des Obstes betreffend, besonders auch über die im Herbst und Winter vorgenommene Durchsicht des ganzen Obstbaumbestandes. Dann folgte eine recht lebhaftete Aussprache über alle möglichen Fragen des Obstbaus, so daß Herr Scheerer fast seinen Zug nach Neuenbürg davonfahren lassen mußte, um alle Fragen zu beantworten. Erfreulich war, daß sämtliche Fachleute Calmbachs amvenden waren. Jedenfalls mußte Herr Scheerer erkennen, daß tatsächlich überaus viel Interesse und auch die nötige Hilfe für den Obstbau hier in Calmbach vorhanden ist. Es sei auch, wie Herr Scheerer sagte, der Stand dessen, was er gesehen habe, im ganzen gut. Es werde viel getan, wenn auch manches nicht ganz richtig oder nach altem Stil. Unser weites Schwarzwaldtal sei für die Obstzucht ganz gut geeignet, nur sei wichtig: „Den richtigen Baum an den richtigen Platz“, da die Abhänge nach Feuchtigkeit, Wärme und auch Boden recht verschieden seien. Eine Sortenvereinsführung sei anzustreben, die auf bewährten, bei uns als widerstandsfähig und wirtschaftlich erwiesenen, wenigen Sorten führe. So sei es im Laufe der Jahre wohl möglich, unseren Bedarf selbst zu decken. Pflege und sachgemäße Düngung seien wichtiger als wondrous. Kalt und Kalb sind nicht zu sparen. Herr Bogele führte noch aus, wie er es sich praktisch denkt, zu diesen für uns geeigneten Sorten zu kommen. Zum Schluß dankte Herr Deisch dem Kreisobstgärtner für seinen Besuch mit dem allseitig geläufigen Wunsch, er möge recht bald wieder kommen.

Milchverwertungsgenossenschaft Dobel tagt

Dobel, 21. Mai.
Am Samstag den 18. Mai fand im Reserverbeschußaal eine außerordentliche Generalversammlung der Milchverwertungsgenossenschaft Dobel statt. Die Versammlung wurde einberufen, um die Annahme des Einheitsstatus herbeizuführen und um verschiedene Unklarheiten, welche noch unter den Mitgliedern vorherrschten, aufzuklären. Vorstand Bött hielt einen Vortrag über das Thema: „Warum die Milch nach Fettgehalt ausbezahlt wird?“ In laiven Ausführungen wurde darauf hingewiesen, warum überhaupt von Seiten der Regierung eine Bestimmung erlassen worden ist, die Milch nach Fettgehalt auszubezahlen. Sodann wurde eingehend erklärt, wie der Milchzucker auf Grund der Probeentnahme bzw. dessen Ergebnis seine Milch nach Fettgehalt ausrechnen kann. Wie eine Erhebung der Fetterzeugung möglich ist, hat hiebei Vorstand Bött in ganz interessanter Weise vorgetragen, nämlich, daß bei der Tierzucht angefangen werden müsse. Des Weiteren erörterte der Vortragende einige praktische Beispiele, wie ein Erfolg in der Tierzucht erreicht werden kann. Im Anschluß an den Vortrag wurde mit großer Heftigkeit noch eine Entscheidung dahingehend getroffen, daß die Milch reiflos, auch in Vertandentreisen, erhalt werden und auch hierin der Grundlag gelten müsse: Gemeinnut geht vor Eigennut.

Der Aufsichtsratsvorsitzende, Bürgermeister Rothwang, gab bekannt, daß seit der Gründung der Genossenschaft neue Statuten herausgegeben sind, die mehr den Richtlinien der jetzigen Regierung angepaßt seien. Darauf verlas Herr Rothwang die neuen Statuten, sowie die Dienstausweisung und die Geschäftsordnung, welche ohne Vorbehalt angenommen und von den Anwesenden unterschrieben wurden.

Nichtgenossen erhalten in Zukunft je Liter Milch 2 Pfennig weniger ausbezahlt. Bürgermeister Rothwang appellierte nochmals an die Anwesenden um Einhaltung der Milchgesetze und Bestimmungen, damit die Strafgesetze keine Anwendung finden müssen.

Riebelbach, 20. Mai. Die von der Ortsgruppe Odenhausen-Gräfenhausen auf letzten Samstag ins Gasthaus zum „Adler“ einberufene Versammlung wurde von stellvertretender Kreisrat eröffnet. Dieser gab zunächst bekannt, daß die Jelle Riebelbach nun von der Gauleitung in die Ortsgruppe Odenhausen-Gräfenhausen eingereiht wurde und erteilte hiemit dem Ortsgruppenleiter das Wort. Nicht um uns zu produzieren, veranstalten wir Versammlungen, sondern um uns gegenseitig kennen und verstehen zu lernen und für die künftige Zusammenarbeit ist dies die erste Voraussetzung. Kurz wurden die wichtigsten Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung gestreift und zur Zusammenarbeit von Partei und Gemeindevverwaltung angefordert. Der Ortsamtsleiter der NSDAP stellte nur sechs Mitglieder in der Gemeinde Riebelbach fest; diese Zahl reichte nicht aus, um die großen Aufgaben zu erfüllen und gab dem Wunsche Ausdruck, daß noch mehr Mitglieder beitreten möchten. Der Film- und Junkmart wies auf die Bedeutung des Standfunds und des Films hin und machte gleichzeitig auf den am 16. Juni im Schulhaus in Gräfenhausen laufenden Film „Deutsche Reiter in Ostafrika“ aufmerksam. Der NSDAP-Walter sprach über

Aus der Tätigkeit des Herrenalber Gemeinderats

Kreisleiter Böpple Beauftragter der NSDAP im Sinne der Gemeindeordnung

Gertraud, 21. Mai.
Die Fremdenheime sind in der Verwaltungspraxis bisher als erlaubnisfreie Betriebe angesehen und behandelt worden. Durch Runderlasse des Reichswirtschaftsministeriums sind diese Betriebe nunmehr in die Konzessionspflicht auf Grund des Gaststättengesetzes einbezogen. Die Nachprüfung hat ergeben, daß hier 23 Betriebe einer Konzession bedürfen.

Die Benützungsgelühren für das Freischwimmbad werden mit sofortiger Wirkung um 5 Pfg. für die Badartenbeste um 25 Pfg. und für die Zwangsfartenbeste um 50 Pfg.

Die Lautsprecheranlage im Kurfaal erhält zur Verbesserung der Musik eine neue Schallwand. Die Anschaffung eines Schallplattenzusatzgeräts wird auf den Herbst zurückgestellt. Auf Antrag des Kurvereins erhält das Kurorchester im Monat Juni eine weitere Verstärkung.

Zwei Gesuche um Anschluß an die städtische Wasserleitung werden genehmigt. Kenntnis wird genommen von dem Einlauf verschiedener Erlasse und Bescheide, u. a. von dem Bescheid des Technischen Landesamts Ludwigsburg vom 30. April 1935. Darauf erfolgt das Landesamt von einer weiteren Verfolgung der eingeleiteten Feldvereinigung in Gaidal in Anbetracht der Überlastung des Landesamts an Vermessungsarbeiten durch die Bearbeitung der im Gang befindlichen zahlreichen Feldvereinigungen und der neuen Unternehmen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Kraftfahrbahnen beschleunigt zu behandeln sind, abzusehen.

Das Mitglied Kreisleiter Böpple teilt zum Schluß der Sitzung mit, daß er zum Beauftragten der NSDAP im Sinne der Gemeindeordnung bestellt worden sei und deshalb sein Gemeinderatsmandat niederlege. Der Gemeinderat bedauert das Ausscheiden des Herrn Kreisleiters, dankt ihm durch den Vorsitzenden für seine wertvolle Mitarbeit während der letzten zwei Jahre und bittet ihn, der Stadtverwaltung auch weiterhin sein Wohlwollen zu erhalten.

Amf. NSDAP-Nachrichten

Städtische Organisation (191)

„Gaupropagandaleitung 1/35 Pp.“
Betr. Bilder vom 1. Mai 1935.

Alle Parteigenossen, die anlässlich der Feiern zum 1. Mai Photoaufnahmen gemacht haben, werden ersucht, der Gauleitung gute Bilder für das Gau-Bildertafelbild — möglichst kostenlos — zu überlassen. Die Einsender werden gebeten, die Bilder auf der Rückseite mit Ort und Zeitangabe zu versehen. Die Einreichung hat an die Gauleitung, Amf für Propaganda, Stuttgart, Kronprinzstraße 4/II, zu erfolgen.

50 Amter mit betreuten Organisationen

NS-Frauenchaft, CO. Schömberg. Am Donnerstag den 23. Mai, abends 8:30 Uhr, findet im „Ochsenaal“ eine öffentliche Werbeversammlung statt. Es spricht unsere Kreis-Frauenchaftsleiterin Frau. Traute-Willbad. Ich erwarte vollständiges Erscheinen der Mitglieder. Alle Volksgenossinnen und Volksgenossen sind eingeladen.
Die Ortsamtsleiterin.

NS-Jugend

NS-Ehre Neuenbürg. Samstag, mittags von 4-7 Uhr, letztes Übungschießen vor Abnahme der Leistungsprüfung in Schwann. Standortsführer.

Beitragsleistung und Ermäßigung, über Rechtschutz und Unterfaltungseinrichtung der DAF. In begeisterter Worten sprachen die Führer und Führerinnen der Jugendverbände über ihre Organisationen und baten die anwesenden Eltern, doch ihre Jungen u. Nabels reiflos diesen Organisationen bedenkenlos anzuvertrauen. Bürgermeister Boger forderte die Anwesenden zur tatkräftigen Mitarbeit auf in der Gemeinde und am Aufbau der Partei. Mit dem Host Wessel-Nied wurde die Versammlung geschlossen.

Schwann, 21. Mai. Am letzten Sonntag hielt der Darlehenskassenverein im Gasthaus zum „Adler“ seine Hauptversammlung ab. Der Vorstand begrüßte die in stattlicher Anzahl erschienenen Mitglieder und gab die Tagesordnung bekannt. Von ausweichend, daß Genossenschaften nur dann eine Daseinsberechtigung haben, wenn sie dem Ganzen dienen, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nachdem die vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) vorgeschriebenen Satzungen verlesen waren, wurde ihre Einführung ohne Widerspruch angenommen. Damit war gleichzeitig eine Änderung der Firma in „Spar- und Darlehenskasse“ verbunden. Einmütig wurde auch die laut Statut vorgeschriebene Verminderung der Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates beschlossen. Nach der Bekanntgabe der Jahresrechnung und der Bilanz durch den Rechner Hermann Bankmüller erstattete der Aufsichtsratsvorsitzende Bürgermeister Krieb einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrates, wobei er die zum Wohle der Genossenschaft geleistete erspriehliche Arbeit des Vorstandes lobend hervorhob. Die Versammlung wählte hierauf wieder einstimmig ihren bisherigen Vorsitzenden Jos. Pocco zum Vorstandsvorsitzenden, sowie den langjährigen Rechner Hermann Bankmüller zu dessen Stellvertreter und als weiteres Vorstandsmittglied B. Schönhäler, Mechaniker. In den Aufsichtsrat wurde unter einstimmiger Zustimmung der Versammlung bestimmt Adolf Krieb, Bürgermeister, B. Lillich, Mechaniker, A. Lillich, Maurermeister, H. Maxke, Wirt, R. Schönhäler, Schweifer und Grotl. Grotner, Gärtner. Mit einem kinnigen Hinweis auf die Pflege des Sparfusses und mit der Aufforderung zu treuer Mitarbeit für die Genossenschaft und damit für das Wohl der Volksgenossen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Pfanzbrunn, 21. Mai. Die sieben Millionen Abzeichen, die am letzten Sonntag in ganz Deutschland durch den Caritasverband im Rahmen einer allgemeinen Sammlung verteilt wurden, wurden in Pfanzbrunn verteilt, wodurch viele Volksgenossen Arbeit und Brot erhielten.

Calw, 20. Mai. (Nachdem vom Auto tödlich überfahren.) Am Samstag nachmittag wurde in der Stuttgarter Straße der vierjährige Hans Rodert von hier, als er hinter einem bergan fahrenden Fußverkehr hervorsprang, im über die Straße auf den Gehweg zu seiner Mutter zu eilen, von einem im gleichen Augenblick aus entgegengekehrter Richtung kommenden Kraftwagen erfasst und so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Kreiskrankenhaus gestorben ist. Die Mutter des Kindes, die zuvor den Knaben vergeblich zu warnen versucht hatte, mußte den fürchterlichen Vorgang, ohne helfen zu können, mit ansehen.

Wählereid, 21. Mai. (Grotzmann durch Brandstiftung.) Das in der Kaiserstraße in Böfingen bei Bretten gelegene Doppelwohnhaus der Frau Engel Witwe und des Friedrich Schütz wurde durch einen

Brand zerstört. Auf dem Speicherboden
hand man den Sohn der Frau Engel, der sich
dort erhängt hatte, als verkohlt
Leiche. Man vermutet, daß er den Brand
gelegt hat.

Waltingen-Em, 21. Mai. (Schwerer
Verkehrsunfall) Ein schwerer Ver-
kehrsunfall ereignete sich am Sonntag nachmit-
tag am Ortsausgang von Hüffenhagen nach
Schwieberdingen zu. Ein Motorrad fuhr rechts
aus der Seitenstraße auf die Hauptverkehrs-
straße und prallte auf ein Auto auf. Der Mo-
torradfahrer fuhr mit so großer Gewalt auf
das Auto auf, daß die Lenksäule ein großes
Loch in die rechte Seite des Autos riß und
familiäre Scheiden an dieser Seite des Autos
zertrümmert wurden. Der Motorradfahrer er-
litt einen doppelten Schädelbruch und wird
samt mit dem Leben davonkommen. Auch seine
Beifahrerin wurde erheblich verletzt. Die In-
fassen des Autos wurden durch Maschpflaster
leicht verletzt.

Aus der Bewegung

Schönbürg, 20. Mai.

Eine kleine „Versammlungswelle“ lief
Donnerstag durch unseren Kurort. Die NS-
DWB veranstaltete in ihren Zellen gleichzeitig
drei aufgefachte öffentliche Versammlungen.
Im „Löwen“ sprach in der Zelle Bischoff
über das Thema: „Kriegsgefahr“. Vg. Jehrt-
Effen. Er führte aus, daß die Politik unseres
Führers der Erhaltung des Friedens diene.
Durch die Wiedererbauung des deut-
schen Volkes sei die Kriegsgefahr, die zurzeit
unserer Schwäche für Deutschland bedauert
hätte, behoben. Die heutige Regierung sei eine
Regierung der Frontsoldaten und werde als
solche alles tun, um einen Krieg zu verhindern.
Neben der Wehrhaftmachung sei aber auch die
Wiedererbauung der inneren Einheit ein
Faktor, den jeder äußere Feind heute in Rech-
nung zu stellen habe. Vg. Boller führte in
einem Vortrag, unterstützt durch Lichtbilder,
den Befehlern der Zelle Burchardt im
„Kamm“ sehr wirkungsvoll das Elend im
heutigen Sowjetrußland vor Augen. Seinen
Ausführungen legte er das kürzlich erschie-
nene Buch „Und Du sehest Sowjetrußland
richtig“, verfaßt von einem Kenner des heu-
tigen Rußland, zugrunde. Er wies auf die
Ursachen des Zusammenbruchs und der Hun-
gerkatastrophen hin und zog daraus die Lehre, was
der 30. Januar 1933 und der vorangegangene
Kampf der NSDAP bei uns verhindert
hätte. Wohl wäre der Terror bei uns nieder-
gezwungen, aber wir müßten wach bleiben.
Dann wären wir näher am Kommunismus
und damit am Elend gewesen, als wir gedacht
hätten. Das sollten vor allem einmal die
Herren Redierer sich überlegen. In der
„Hoh“ sprach Vg. Stöder in seiner Zelle. Er
hatte sich das Wort „Volksgemeinschaft“, das
heute zwar aus aller Mund spreche, aber von
vielen so falsch verstanden werde, zum abend-
lichen Thema gewählt. Auf Grund des Buches
unseres Führers „Mein Kampf“ zeigte er die
Schuld des früheren Bürgerturns und des
„Proletariats“ dafür, daß früher nie eine
Volksgemeinschaft zustande kommen konnte
und wies auf die Wege zur Erlangung der-
selben hin. Die Überwindung der sozialen
Gegensätze kennzeichnete er als den besten
Weg. In diesem Sinne würdigte er vor allem
die Ausführungen Dr. Leus zum 1. Mai.
Ortsgruppenleiter Bauspach nahm die Gele-
genheit wahr, in allen drei Versammlungen
tats zu sprechen und wandte sich in seinen
Worten scharf gegen die Gerüchtmacher,
denen es leider auch hier entgegenzutreten
gälte. Gemeinsam gesungene Kampflieder, so-
wie Vorträge Unadäquater Gedichte um-
rassen die einzelnen Vorträge wirkungsreich.

**Muttertagfeier der NS-Frauenchaft
Neuenbürg**

Neuenbürg, 21. Mai.

Zum erstenmal wurde hier am Muttertag
eine öffentliche Feier für ältere und jüngere

Mütter abgehalten unter der Leitung der
NS-Frauenchaft Neuenbürg-Waldrennweg.
Die Turtur- und Festhalle war schön geschmückt
mit frischem Tannengrün und Blumen und
wund altes Mütterlein sah froh und dankbar
am gedeckten Kaffeetisch. Draußen war heller
Sonnenschein, der seine Strahlen über die
grauen und weißen Scheitel gleiten ließ und
Derr Stadelmann versäumte nicht die Gele-
genheit, eine Aufnahme zu machen. Die
Feier wurde eingeleitet durch einen Bars
Spruch mit einem lebenden Bild und nach Ge-
büßt und Liedern ergriff die Frauenchafts-
leiterin, Frau S. Müller, das Wort zu einer
kurzen Ansprache. Sie ging aus von dem
Wort des Führers: „In meinem Staate ist
die Mutter die wichtigste Staatsbürgerin“.
Sie wies auf das selbstverständliche Opfer der
Mutter hin, und ergriff die Leistungen der
Hausfrau und Erzieherin der Kinder und be-
tonte die Wichtigkeit der Mütter- und
Mütterbildungsarbeit ist Pionierarbeit, der
Weg wird schwer sein und manches Hindernis
wird es zu beseitigen geben. Gedächtnis, die den
Sinn des Tages zum Inhalt hatten und Lie-
der, gesungen von der Frauenchaft, umrahm-
ten die Feierstunde. Den Höhepunkt des
Nachmittags bildete die Aufführung des von
der Gauleitung vorgeschlagenen Theaterstücks
„Mutter“ von E. Spinger. Frauen und
Kinder von der Frauenchaft bemühten sich,
die Sache lebhaft und zu Herzen gehend zu
gestalten und fanden aufmerksame Zuhörer.
Mit einem lebenden Bild und dem gemeinsam
gesungenen Lied „Großer Gott, wir loben
dich“ endete die Feierstunde. Die strahlenden
und dankbaren Augen der heimgehenden
Mütter belohnten alle Mühe der belenden
und spendenden Hände. O.

Führertragung der Hitler-Jugend

Vergangenen Samstag versammelten sich
die Führer des ganzen Untertannens Neu-
bürg, um mit dem Bannführer einen Heim-
abend zu erleben.

„Hört ihr es großen“ gab gleich dem Abend
das richtige Gespräch. Auf den Gesichtern
malte sich die Spannung über das, was kom-
men sollte. Dieser Abend mußte ein Erlebnis
werden.

In krasser Form begrenzte der Bannführ-
er zunächst den rein äußerlichen Aufbau des
Heimabends. Durch ein Lied werden alle un-
willkürlich in ihren Gedanken auf das Kom-
mende hingewiesen.

Zefeld und miterlebend schilberie man
der Bannführer Kampf und Sieg Hermann
des Befreiers, nachdem er zuvor in knappen
Zügen die damalige Zeit umrissen hatte. Von
der Höhe des Teutoburger Waldes, weit hin

sichtbar, grüßt das Standbild des Cherub-
fürsten. So groß und statlich wie er war,
so eifern und kalt steht er heute in Stein ge-
hauen. Als höchste Ideale kannte er nur
Kampf, Sieg und Ehre. Aus der Verzweiflung
der Ureinwohner heraus führte er die
Germanen aus den Gauen zusammen zum
Thing. Seine Gabe verstand es, ein Band um
alle Kämpfer zu schließen, und gemeinsam
brachten sie dann Varus, dem glorigen Ab-
gefeindeten des machtberäuberischen Augustus, die
vernichtende Niederlage bei.

In den Vordergrund unserer kommenden
Arbeiten wird natürlich die Vorbereitung für
das Leistungsabzeichen geschoben. Jeder echte
Hilfssoldat muß es als sein vornehmstes Ziel
ansehen, diese Auszeichnung zu erwerben.

Zufrieden und in dem Bewußtsein, eine
schöne und vor allen Dingen nützliche Schu-
lungstunde erlebt zu haben, verließen die
Kameraden Neuenbürg. Nun sollen sie
draußen in ihren Standorten beweisen, ob sie
es verstehen, ihren Kameraden das Wissen
vorzuleben. Die Früchte davon werden sich
dann in der weltanschaulichen Prüfung für
das Leistungsabzeichen zeigen. b.

Schwäbische Chronik

Tübingen, 21. Mai. Bei der Stadtverwal-
tung Tübingen ist folgendes Dankschreiben
des Führers und Reichsleiters eingekom-
men: „Die Verleihung des Ehrenbürger-
rechtes von Tübingen sowie die mir durch
Umbenennung der Mühlstraße in Adolf-
Hitler-Straße erwiesene Ehreung erfüllen
mich mit aufrichtiger Freude. Ich nehme die
Ehrenbürgerschaft an und bitte, dem Ge-
meinderat meinen ergebensten Dank sowie
meine besten Glückwünsche für das Blühen
und Gedeihen von Tübingen auszusprechen zu
dürfen. Mit deutschem Gruß! Adolf Hitler.“

Tübingen, 21. Mai. (Schwerer Unfall). In der
Nacht zum Sonntag fuhr in Tübingen
beim Bahnhof „Zur Rose“ ein Ebinger Per-
sonenwagen auf ein Haus auf. Dabei wur-
den zwei Insassen schwer verletzt,
so daß sie in das Ebinger Krankenhaus ver-
bracht werden mußten. Außerdem ist das
Fahrzeug erheblich beschädigt worden. Der
Wagenführer, der zu viel Alkohol zu sich
genommen hatte, wurde von der Polizei
festgenommen.

Kalen, 21. Mai. (Lebendig ver-
brannt). Lichterloh brennend sprang das
10 Jahre alte Töchterchen des Karlsruher
Grund in Essingen auf die Straße. Man ver-
suchte, die Klammen zu ersticken, was auch ge-

Aufruf zur Reichs-Sportwettbewerb

Unter dem Leitfaden: „**Vom Volkssport zur Höchstleistung**“ wird in ganz
Deutschland vom 26. Mai bis 2. Juni die Reichs-Sportwettbewerb
durchgeführt. Die Wettbewerb soll einen weiteren Schritt in der Aus-
dehnung der Leibesübungen auf unser ganzes deutsches Volk bedeuten
und zugleich eine Vorbereitung für die Olympischen Spiele 1936
in Berlin sein.

Alle Leibesübungen treibenden Organisationen, die Vereine des Deutschen
Reichsbundes für Leibesübungen, die Hitler-Jugend, die Wehrformationen,
die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und die Schulen werden Aus-
schnitte aus ihrer Tätigkeit zeigen. Die württembergische Bevölkerung wird
auch in dieser Wettbewerb nicht nachstehen wollen. Wir fordern daher
jung und alt auf, nach Möglichkeit in einer der genannten Organisationen
bei den Leibesübungen selbst mitzuwirken, oder wenigstens als
Zuschauer zu bekunden, daß die Leibesübungen in Deutschland tat-
sächlich Sache des Volkes sind.

Dr. Kleff

Gaubeauftragter des Reichssportführers

lang. Die Wunden waren aber so stark, daß
das bedauernswerte Kind abends im Kranken-
haus starb. Das Mädchen war einer Wagnis-
explosion in der Küche seiner Pflegeltern zum
Opfer gefallen.

Dr. Todt in Stuttgart

Stuttgart, 21. Mai.

Wie wir erfahren ist am Montag
abend der Generalinspektor für das
deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, im
Hotel „Graß Zeppelin“ abgestiegen. Dr. Todt
kam mit dem Mercedes-Schwarz-Geländewagen
an, der ihm am Sonntag vom Führer
bei Gelegenheit der Eröffnung der Reichs-
autobahnstrecke Frankfurt a. M.—Darmstadt
zum Geschenk gemacht worden ist.

Marktberichte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 21. 5.
Zufuhr: 2 Ochsen, 21 Bullen, 15 Kühe, 51
Färsen (Kalbinnen), 136 Kälber, 1 Flogge, 379
Schweine. Marktverlauf: Großvieh und
Schweine schlepplend, Kälber mäßig befeh-
ligt. Ueberstand: 6 Stück Großvieh, 28 Schweine.
Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen
a 45, b 39, Bullen a 41-42, b 38-40, Kühe
a 33-34, b 26-31, Färsen a 43-45, b 40
bis 42, Kälber a 60-62, b 54-58, c 50-53,
Schweine a 2. 47-48, b 46-49, c 46-49,
d 45-48, g 1. 43-45.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 21. 5.
1935. Zufuhr: Ochsen 20 (uno. 1), Bullen
219 (1), Kühe 259 (—), Färsen 301 (—), Käl-
ber 185 (2), Schweine 1562 (—), Dänen a)
vollfl. ausgemästete 1. jüngere 41; Bullen a)
jüngere vollfleischige 41, b) sonstige vollfl. 37
bis 39; Kühe a) jüngere vollfleischige 36 bis
39, b) sonstige vollfleischige 30 bis 35, c) flei-
schige 22 bis 26, d) gering gemästete 18 bis
21; Färsen (Kalbinnen) a) vollfleischige aus-
gemästete 41, b) vollfleischige 38 bis 40;
Kälber a) beste 55 bis 60, b) mittlere 50 bis
54, c) geringere 43 bis 48, d) geringe 35 bis
40; Schweine a) fetter über 300 Pfund 1. fetter
48, 2. vollfleischige 46 bis 48, b) vollfleischige
von 240 bis 300 Pfund 47 bis 48, c) vollfleis-
chige von 200 bis 240 Pfund 46 bis 48, d)
vollfleischige von 160 bis 200 Pfund 45 bis
48; Sauen 1. fetter 40 bis 43.

Fußball

Engelsbrand — Wödingen 2:0

Zum erstenmal spürte Wödingen den
rauben Wind auf Engelsbrands Höhen und
kam dabei um zwei wertvolle Punkte. En-
gelsbrand hatte den Vorteil des eigenen
Platzes, dafür aber den Nachteil, daß es
durch Erkrankung und Unglücksfall auf zwei
seiner besten Kräfte verzichten mußte. Die
Gäste-Mannschaft hat es in den bisherigen
Kreis-Meisterschaftsspielen schon bewiesen,
daß sie ihren Gegnern das Siegen nicht leicht
macht.

Der Spielverlauf zeigte gute und schlechte
Momente auf beiden Seiten, aber die Ein-
heimischen hatten immer etwas mehr vom
Spiel und vor allen Dingen eine Hinter-
mannschaft, die den Gästeturm nicht zum
Zug kommen ließ, was auf der andern Seite
nicht der Fall war. Das Halbzeitergebnis
von 2:0 ließ keine Bedenken mehr offen, wer
Sieger wird, wenn Engelsbrand nicht in den
alten Fehler verfiel, das Spiel auf die leichte
Seite zu nehmen.

Auch in der zweiten Hälfte hatte Engels-
brand das Heft in der Hand und ließ den
Gegner nicht viel bestellen. Wödingen sah,
daß an einen Punktgewinn nicht zu denken
war und verstärkte seine Abwehr. Trotzdem
aber konnte Engelsbrand durch ein weiteres
Tor das Verhältnis noch verbessern. Schieds-
richter Laich aus Böden leitete gut.

Die Borrrunde der Kreis-Meisterschafts-
Spiele ist jetzt abgeschlossen und heißt Engels-
brand ohne Punktverlust an der Spitze.
2. Mannschaften 1:1. ck.

Jahrg. 19. Preisliste Nr. 2 gültig

DA. IV. 35. 2000.

Stadtgemeinde Neuenbürg.

Bergebung von Pflasterarbeiten.

Die Umpflasterung der Brunnenstraße mit etwa 170 qm sind zu
vergeben. Angebote sind bis Montag den 27. Mai 1935, 11 Uhr,
beim Stadtbauamt verschlossen abzugeben, daselbst sind auch die Ver-
leibungsbedingungen erhältlich.

Stadtbauamt: Fetter.

Herrenalb.

Hausfrauen!

Besucht unseren interessanten Werbe-Abend

am Donnerstag den 23. Mai, abds. 8 Uhr 30 Min.
im Bahnhof-Hotel.

Dort wird Euch praktisch in verständlicher Weise gezeigt,
daß es nicht auf theoretische Angaben über Wärmeeinheiten
ankommt, sondern — ganz abgesehen von anderen Vorteilen
— auf tatsächliche Erfolge sowohl bei der Anschaffung als
auch bei der Verwendung elektrischer Geräte.

Kommt und bildet Euch ein eigenes Urteil.

Elektrizitäts-Werk Herrenalb. Elektro-Gemeinschaft Calw.

MSV. Liederkränz-Freundschaft Neuenbürg.

Am Samstag den 25. Mai, abends 8 Uhr, findet im Saal des
Gasthofs „Bären“ eine

Voll-Versammlung

des Männer- und Gemischten Chores statt.

Hierzu sind alle unsere Mitglieder einschließlich der Festauschüsse
herzlich eingeladen.

Tagesordnung: 1. Hundertjahrfeier, 2. Kellereberfest
3. N. des Gesamtkorbes: Fr. Biesinger, 1. Vor.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend
gegen sofortige Vorzahlung ver-
steigert am Donnerstag den 23.
Mai 1935, nachmittags 15 Uhr, in
Schönbürg:

1 Büffel (konnen), 1 Bücher-

scheukel, 1 Kredenz.

14 Uhr in Oberleinghardt:

1 Büffel.

Zusammenkunft jeweils beim Rat-

haus.

Gerichtsvollzieherstelle
Widdob.

Neuenbürg.

Einen noch gut erhaltenen

Kinderkistenwagen

sofort zu kaufen gesucht.

Angebote an die „Engländer-
Geschäftsstelle“ erbeten.

Birkenfeld.

Einjährige, resorbier-

Ziege mit Jungem

ist zu verkaufen

Ziegelwiesen-Str. 14.

Wer auf Anzeigen
verzichtet

verzichtet auf einen guten Teil
seines geschäftlichen Erfolgs.

F.-V. Neuenbürg.

Heute Training (Sportpl.), ein-
schließlich Schüler und Jugend.

Für die Schule:

Schul- u. Oktav-Hefte	Zeichenblocks
Schüler-Etuis	Reißzeuge
Kunstleder und Leder	Reißschiene
Bleistifte	Radiergummi
Heftumschläge, bunt	Winkel
Schul-Tafeln	Pinzel
Tafelschoner	Farbstift-Etuis
Löschblätter	Pinzel- und Wasser-
Griffel weich und hart	Schalen
Griffelkasten	Farbkasten
Schwamm Dosen	Tusche

C. Meeh'sche Buchhandlung
Neuenbürg, Telefon 404

